Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

25.02.1931 (Nr. 12)

Visual Library

7 Staatsbibliothek Bremen 44/45

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten.

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0.92 RM. einschließlich Bestellgeld.
Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: Die 10-gesp. Nonpr.-Zeile 0.25 RM. Stellengef. und Fam.-Anz. 0.10 RM. Kleine Anzeigen 0.15 RM.
Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 12 | 25. Februar 1931 | 1. Jahrg.

Was wird aus dem Tributreichstag?

Thüringen deckt seine Schulden ab, das Reich pumpt weiter. Hörsing gesteht seine Unfähigkeit. — Angestelltenkammer-Wahl.

Was wird aus dem Tributreichstag?

Es war die stille Hoffnung des Zentrums und der Sozialdemokraten, daß wenigstens die Deutschnationalen in absehbarer Zeit in den Reichstag zurückkehren würden. Dabei war insbesondere an den Haushalt des Wehrministeriums gedacht, den die Sozialdemokraten ihrem wehrfeindlichen Programm gemäß wahrscheinlich ablehnen werden.

Die Regierung Brüning hatte sich die Sache so gedacht, daß dann wenigstens die Deutschnationalen anwesend sein würden, um eine Uebermacht über die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu ermöglichen. Diese Zuhilfenahme der Deutschnationalen würde die stillschweigende Duldung der Sozialdemokraten gefunden haben. Nach der Abstimmung würden Schwarz und Rot wieder ein Herz und eine Seele gewesen sein. Die Hauptsache würde gewesen sein, daß die Regierung Brüning und der Tributreichstag nicht in Schwierigkeit geraten wäre.

Wenn aber nun nicht wenigstens die Deutschnationalen zurückkehren werden, wird die Sache für die Regierung und Reichstag nicht so einfach sein. Sozialdemokraten und Kommunisten werden bei der Abstimmung über den Haushalt des Wehrministeriums das Uebergewicht haben. Es werden sich in der schwarz-roten Bundesgenossenschaft katastrophale Schwierigkeiten erweisen. Die sogenannte Reichstagsmehrheit, die sich gegen die nationale Opposition gebildet hatte, wird in die Brüche gehen, der Reichstag wird arbeitsunfähig sein und nach Hause geschickt werden müssen. Brüning und Hindenburg werden den gesamten Haushalt mit Hilfe des Artikels 48 in Kraft setzen. An einen Wiederzusammentritt des gegenwärtigen Reichstags können wir in einem solchen Fall nicht glauben. Es wird nichts weiter übrig bleiben, als das widernatürliche Gebilde aufzulösen und Neuwahl — vielleicht die Wahl einer Nationalversammlung — auszuschreiben, wenn nicht sofort, so zumindest im Laufe des Sommers oder zu Beginn des Herbstes 1931. Die nationale Opposition hätte dann den Zweck, den sie mit dem Auszug aus dem Reichstag am 10. Februar 1931 zum Ziel hatte, erreicht, und der Weg zur Schaffung eines neuen Deutschland wäre frei.

Es ist natürlich auch durchaus nicht ausgeschlossen, daß nach der zerbrochenen gegenwärtigen Reichstagsmehrheit sich Schwarz und Rot von neuem verbünden, und zwar zum Zweck der Aufrichtung einer uneingeschränkten schwarz-roten Diktatur zur Niederknebelung jeglichen Deutschen Willens. Die Aufrichtung dieser Diktatur würde unter Ausschaltung des Parlaments erfolgen und eine Außerkraftsetzung der gegenwärtigen Verfassung bedeuten. Die schwarz-roten Herrschaften würden sich aber, das glauben wir heute schon versichern zu dürfen, stark verrechnen; denn das deutsche Volk würde in seiner überwältigenden Mehrheit gegen eine solche auf Tributwahnsinn und Opferwahnsinn abgestellte, den Belangen aller Schaffenden zuwiderlaufenden Diktatur Sturm zu laufen wissen.

Thüringen deckt seine Schulden ab, das Reich — pumpt weiter!

Im thüringischen Landtag sprach Finanzminister Baum zum Staatshaushalt 1931. Er stellte fest, daß der ursprünglich ausgeglichene Haushalt für 1930 voraussichtlich infolge der Krise mit einem Fehlbetrage von 5 bis 6 Millionen abschließen werde.

Der Haushalt 1931 sei nicht nur ausgeglichen, sondern enthalte erstmalig einen Betrag von 3.15 Millionen zur Tilgung der schwebenden Schuld.

Der nächste Schritt sei die Fundierung der schwebenden Schuld, soweit sie nicht abgedeckt werden könne. Diese Fundierung müsse nach wie vor das höchste Ziel des Finanzministeriums sein, wenn Thüringen den Thüringern erhalten bleiben solle. Der Haushalt sei auf dem Grundsatz aufgebaut: nicht höhere Steuern, sondern Sparmaßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft. Neben dem Absinken der Steuereinnahmen sei auch das einseitige Vorgehen des Reiches in der Frage der Verteilung der Reichsaufträge, bei denen Preußen auf Kosten der anderen Länder bevorzugt worden sei, auf die Landeseinnahmen von Einfluß gewesen.

Seit der Nationalsozialismus in Thüringen die Staatsführung ergriff, Dr. Frick das Staatsruder in die Hand genommen hat, hat sich, wie jetzt wieder der Haushalt 1931 zeigt, das einst völlig rote Thüringen zu einer nationalsozialistischen Zelle der Ordnung und Sparsamkeit unter den deutschen Ländern entwickelt. Die rote Luderwirtschaft ist einer vorbildlichen Staatsführung gewichen. Während die meisten anderen Länder und insbesondere das Reich die unselige Schuldenwirtschaft fortsetzt und sich nur noch mittels eines neuen französischen Pumps über Wasser hält, hat Thüringen seinen Haushalt für 1931 nicht nur ausgeglichen, sondern ist energisch an die Tilgung seiner schwebenden Schulden gegangen. Das ist der einzige Weg, der zur finanziellen Gesundung führt.

Wie katastrophal die Schuldenlast der Länder und Hansestädte heute bereits ist, geht aus der soeben herausgekommenen Reichsstatistik hervor. Danach betrugen die Schulden der deutschen Länder und Hansestädte am 31. März 1929 die Summe von 2,4 Milliarden Mark. Diese Schuldenlast dürfte Ende 1930 auf 2.8 bis 2.9 Milliarden angewachsen sein. Nimmt man dazu noch die Schulden der öffentlichen Betriebe so kommt man auf rund 3,2 Milliarden. Die meisten Schulden, absolut gesehen, hat Preußen. Besonders katastrophal liegen die Verhältnisse in Mecklenburg und insbesondere in **Bremen**, wo auf den Kopf der Bevölkerung eine Schuldenlast von über 6000 Mk. entfällt.

Umso erfreulicher ist es, bei diesem Niedergang zu sehen, wie in dem nationalsozialistisch regierten Thüringen — Braunschweig ist auf dem besten Wege zu folgen — wieder gesunde finanzielle Verhältnisse einziehen, wie die Schuldenlast, die in den andern Ländern steigt, sich hier verringert. Es ist dies der beste Beweis, daß nicht wir Nationalsozialisten, sondern die andern die Katastrophenpolitiker sind. Mittels Arbeit, Zucht, Ordnung und Sparsamkeit hat der Nationalsozialismus aus Thüringen ein Musterland gemacht. Mittels dieser Prinzipien wird er auch das Gesamtdeutschland dereinst wieder zur Höhe bringen.

Republik und Richter.

Von Regierungsrat Dr. Fabricius, M. d. R.

Herr Schmidt vom Zentrum, zur Zeit Preußischer Justizminister, war so unvorsichtig, im Landtage die Frage des Richtertums anzuschneiden. Zarnows „Gefesselte Justiz" entfesselte ihm die Zunge. „Der Richter muß Republikaner sein", so umschreibt die „jüdische Hast", auch „Tempo" genannt, den Grundgehalt dieser ministeriellen Auslassung. Ausnahmsweise können wir dieser jüdischen Zeitung und dem Zentrumsminister in diesem Falle durchaus beipflichten. Republik heißt auf deutsch „Sache des Volkes". Nur der, der unparteiisch und unbestechlich der Sache des Volkes dient, hat das Recht, sich Republikaner zu nennen. Und in diesem Sinne hat ganz gewiß jeder Richter die Pflicht, „Republikaner" zu sein.

Nur schade, daß die Preußische Richterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit von solchem echten Republikanertum ungefähr ebensoweit entfernt sein dürfte, wie der heutige Preußische Staat von dem Ideal eines wahren Volksstaates.

Man kann heute drei Arten von Richtern unterscheiden. Der Minister hat selber angedeutet, daß es eine (nach seiner Ansicht kleine) Gruppe von Richtern in Preußen geben mag, die parteipolitisch urteilen. „Finstere Geschäftler, durchs Parteibuch treppauf gediehen, an Stellen, die sie durch Berufsleistung nicht erklommen hätten", oder auch Charakterschwache, die dem „Druck auf die Geister" nicht widerstehen können, weil sie „durch Währungsverfall und Vermögensschwund . . . arm am Beutel sind" und vielfach auch „krank am Herzen". So kennzeichnet der tapfere Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller diese Gestalten. Schweigen wir von dieser Sorte.

Die zweite Gruppe von Richtern — nach Schmidt weitaus der größte Teil — setzt sich aus denen zusammen, die sich „völliger Objektivität" befleißigen (oder doch zu befleißigen glauben). In ihnen erblickt der Minister vermutlich die mustergültigen „Diener der Gesamtheit". Aber hier müssen wir uns einen ganz bescheidenen Widerspruch erlauben. Denn was versteht man denn heute unter „Objektivität"? Es gibt eine höchst verwerfliche „Objektivität", eine Objektivität, die in den ausgefahrenen Geleisen weitertrottet, in denen sich schon unsere Großväter bewegt haben. Eine Objektivität, die in juristischer Peinlichkeit über Zwirnsfäden stolpert, die vor lauter kleinlichen Rechtsbedenken niemals zu den Entschlüssen gelangt, die das Wohl des Volkes erfordert. Es ist jene Objektivität, die sich nach altem Rezept die berüchtigte Auffassung „aller gerecht und billig Denkenden" zur Richtschnur nimmt, unter diesem Idealbild aber nichts anderes als den Typus des satten, selbstzufriedenen, scheinheiligen, ruhebedürftigen und profitsüchtigen Spießers zu verstehen vermag. Diese spießbürgerliche „Objektivität" ist schuld daran, daß die Marxisten einst so überzeugend über „Klassenjustiz" zetern konnten. Dieser Objektivität haben wir es zu verdanken, wenn heute die Nutznießer der Korruption verhätschelt werden und dafür Freiheitskämpfer in den Kerker fliegen. Wir Nationalsozialisten pfeifen auf diese Art Richtertum. Und sprechen seinen Vertretern mit aller Entschiedenheit das Recht ab, mit dem Titel des „Republikaners", des Volksdieners, zu prunken.

Wir haben — und damit kommen wir zur dritten Juristengruppe — eine etwas höhere Vorstellung von republikanischer Richterpflicht. Für uns ist ein Richter nur dann ein echter Republikaner, wenn

er der stürmischen Entwicklung unserer Zeit mit voller Hingabe gerecht zu werden sucht. Wenn er sich vom Geiste der gewaltigen deutschen Erneuerungsbewegung ergriffen zeigt. Wenn er den kläglichen Liberalismus der Vergangenheit abschwört und sich eindeutig zu deutschem Sozialismus bekennt. Wenn er in jeder Rechtssache sich heiß darum bemüht, dem Gemeinwohl den Vorrang zu verschaffen vor den kümmerlichen Interessen Einzelner. Wenn er sich zum Ziele setzt, nicht einer versaulenden Gegenwart zu schmeicheln, sondern zu einem Teil den großen Gedanken einer deutschen Zukunft zum Durchbruch zu verhelfen. Es gibt heute schon solche Richter! Ihre Zahl ist noch klein. Aber sie wächst unaufhaltsam, zum Schrecken aller, die heute in der Toga unechten Republikanertums einherstolzieren.

Wir wissen sehr wohl, daß auch der Richter, der dem deutschen Volke und der deutschen Zukunft zu dienen entschlossen ist, an der Kette der Gesetze liegt und oft genug — nach dem Wort des früheren Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons — gezwungen ist, mehr oder minder großes Unrecht zu sprechen. Aber wir wissen auch ganz genau, daß das geltende Paragraphenrecht die verschiedensten Auslegungen zuläßt und daher dem, der ernsthaft will, Spielraum genug gewährt, um in vielen Fällen schon heute den ans Licht drängenden Zukunftsgedanken Geltung zu verschaffen. Wenn ja, dann ist heute die Zeit für den Richter gekommen, durch Entwicklung der Rechtsprechung „rechtsschöpferisch" zu wirken. Man höre endlich einmal damit auf, sich sklavisch an die Entscheidungssammlungen höchster Gerichte aus dem vorigen Jahrhundert zu binden. Man gehe dem höchsten Gericht mit gutem Beispiel voran. Man ziehe den vermoderten liberalistischen Adam aus und einen neuen, wahrhaft sozialistischen Menschen an. Unser geltendes Recht steht anerkanntermaßen in vollem Umfange unter dem Grundsatze von „Treu und Glauben". Diesen Begriff gilt es mit neuem Leben zu erfüllen. Und das ganze Geheimnis dieser Neubelebung ist, daß man aus der bisher maßgebenden Vorstellungswelt des egoistisch-gemütlichen Bürgers sich emporschwingt in den Weltanschauungskreis des ehrlichen und aufrichtigen deutschen Menschen.

Der Republikaner Schmidt hat in seiner Rede für die Justizverwaltung das Recht in Anspruch genommen, an Richtersprüchen, wenn sie „offensichtliche Mängel" zeigen, nachträglich Kritik zu üben. Wir danken dem Herrn Minister für diesen Wink, und wenden nicht verfehlen, von dem Rechte der Justizverwaltung zur Kritik schon heute Gebrauch zu machen. Denn wir müssen uns einarbeiten. Gibt uns doch das erschütternde Versagen der derzeitigen Preußischen Justiz die Gewähr, daß es nicht mehr lange dauern kann, bis das Volk die Justizverwaltung in unsere Hände legt.

Hörsing gesteht seine Unfähigkeit

Der große Tag des Reichsbanners, der 22. Februar, liegt hinter uns und, nachdem davon unendliche Zeit vorher soviel Aufsehen gemacht worden ist, muß man zu der Einsicht kommen, daß wirklich nichts dahinter steckte. In Bremen verfrachtete man das Reichsbanner auf Lastautos nach „Großstädten" wie Syke, Vegesack, Osterholz usw. Kann man sich vorstellen, daß die aufgebotenen „Massen" im Verhältnis zur Einwohnerzahl dieser kleinen Orte eher zu einer bescheidenen Wirkung gekommen sind als in Bremen. Aber in Berlin, wird man sagen, da war es doch sicher knorke. Gewiß, das war es aber nicht, was aufmarschiert war, sondern das, was Hörsing sagte. Wir geben hier nur zwei Stellen der denkwürdigen Rede wieder. „Das Reichsbanner muß und wird — solange ich an seiner Spitze zu stehen die Ehre habe — nur die überparteiliche Schutzorganisation der Republik und der (Sozial-, Die Red.) Demokratie sein und bleiben". „Als Führer der Schützer der Republik, die mehr Opfer als alle anderen Organisationen zusammen für die Demokratie, die Republik und Republikaner brachten, erhebe ich heute insbesondere den Ruf an alle verantwortungsbewußten Republikaner:

Laßt uns nicht im Stich!

Versorgt uns mit geistiger Munition, gebt uns die Parole zur Rettung des deutschen Volkes. Organisiert die geistige Eroberung der Republik! Gebt uns konstruktive Ziele."

Hat Herr Hörsing das wirklich gesagt? Dann allerdings kann man nur annehmen, daß er diesmal nüchtern war und die Einsicht der Ziel- und Planlosigkeit seiner Reden und seiner eigenen Parolen über ihn gekommen ist. Parolen werden doch wohl vom Führer ausgegeben. Sollten Sie, Herr Hörsing, aber auf Ihre Anfrage keine Offerten erhalten, können wir Ihnen noch einige Anregungen geben. Wenden Sie sich also im Bedarfsfalle an uns, verlassen Sie aber nicht wegen geistiger Armut und Mangel an Ideen Ihren Führerposten, denn dadurch würden wir eines billigen Reklamerequisits verlustig gehen.

Sozialdemokratische Kirchenhetze.

In der Berliner Parteibuchhandlung der SPD. ist eine Schrift erschienen, die in der Vorwärtsdruckerei hergestellt ist und den Titel „Das wahre Gesicht der Kirche" trägt. In dieser Schrift, die mit dem Ruf „Heraus aus der Kirche!" schließt, lesen wir u. a.:

> „Die Erwerbslosen und diejenigen Arbeitenden, denen das Gespenst der Arbeitslosigkeit immer vor Augen steht, lassen sich aber nicht die duckmäuserigen Heilslehren der Pfaffen einschläfern, diese hungernden Menschen werden immer mehr eine Gefahr für diese Gesellschaftsordnung. Mit dem tausendmal erprobten Universalmittel pfäffischer Volksverdummung und Gehirnverkleisterung gilt es, die immer mehr in Not und Elend versinkende Masse der Arbeiter- und Kleinbauernschaft auch weiterhin in körperlicher und geistiger Knechtschaft zu halten — als eine Voraussetzung für die Existenz der schmarotzenden Pfaffenarmee der ganzen Welt".

Das ist eine feine Bundesgenossenschaft, die sich Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei im heutigen Reichstag ausgesucht haben. Auch der sogenannte „Christlich-soziale Volksdienst" bewegt sich im Reichstag gern Schulter an Schulter mit der kirchenfeindlichen Sozialdemokratie.

Das ist das Zentrum.

Von einem katholischen Akademiker.

Da, wo das Zentrum Grund hätte zum Einschreiten, da versagt es mit Sicherheit. In Kino, Theater und Literatur wird in Deutschland mit allem Hohen und Guten Tag für Tag Schindluder getrieben. Wo bleibt da das Zentrum? Der „Bund der Gottlosen" macht sich in Deutschland breit. Wo bleibt da das Zentrum? Aber die nach Ansicht von Zentrumsführern und Zentrumsbischöfen religionsfeindlichen Nationalsozialisten müssen im Reichstag den Antrag stellen, diesen kultur- und religionszerstörenden Bund zu verbieten. In Braunschweig setzt unser Minister Dr. Franzen 26 gottlose Lehrer auf die Straße; in Thüringen führt Dr. Frick die Schulgebete wieder ein. Was nützt das alles. Die Nationalsozialisten sind religionsfeindlich, so will es das Zentrum; diese Lüge paßt so in ihren Kram.

Elf Jahre lang besteht das Programm, und seit jener Zeit ist es überall in Deutschland bekannt. Man schritt von kirchlicher Seite nicht ein. Im Gegenteil, katholische Priester erwärmten sich für die herrlichen Ideen des Nationalsozialismus. Jetzt schreiten Bischöfe gegen Hitlers Lehre ein. Warum? Weil das Anschwellen des Nationalsozialismus dem Zentrum und seinem Bonzentum Gefahr bringt. Priester dürfen nicht für uns tätig sein. Wie viele dem Schreiber dieser Zeilen bekannte echt katholische Priester werden einen tiefen seelischen Schmerz empfinden, wenn sie den letzten Erlaß bayerischer Bischöfe lesen. Doch auch für sie kommt bald die Erlösung aus geistiger Knechtschaft. Wir wollen alle Diener wahrer Christuslehre, eines reinen Tatchristentums sein; aber vor Zentrum und Zentrumsbonzen bewahre uns, o Herr!

„Der Zweck heiligt die Mittel!" Der Zweck ist nicht, die Religion zu schützen, die ist den meisten Zentrumsbönzlein schon außerordentlich gleichgültig geworden. Sie schreien „Religion in Gefahr" und meinen ihre eigenen fetten Pfründe. Sie schreien „Religion in Gefahr" und jagen durch Steuerwahnsinn und Zinsknechtschaft den letzten Bauern von der Scholle. Sie schreien „Religion in Gefahr" und bringen durch ihre Politik den Mittelstand an den Bettelstab. Sie schreien „Religion in Gefahr" und lassen 5 Millionen Arbeiter verhungern. Sie schreien „Religion in Gefahr" und leben in einer unnatürlichen und unsittlichen Bettgenossenschaft mit den Todfeinden von Religion, Kultur und Nationalgefühl, der Sozialdemokratie. Da wäre Grund genug für das Zentrum, in seiner Presse Tag um Tag gegen seine Busenfreunde, die Sozialdemokraten, zu wettern, anstatt im Bündnis mit ihnen nun schon 12 Jahre deutsche Art und deutsches Volkstum zu zerstören.

„Wir stehen auf dem Boden des positiven Christentums", sagt der Nationalsozialist. Das Zentrum bekämpft ihn als Religionsfeind.

„Religion ist Privatsache", heuchelt die SPD. und kriecht zum frommen Zentrum ins Bett.

Abgeordneter Bebel, ein Vater des Marxismus, sagt am 17. 6. 72 schon im Reichstag:

> „Es wird durch ein vernünftiges Volkserziehungsgesetz mit den religiösen Dogmen überhaupt gebrochen werden . . . Ist erst mal die himmlische Autorität untergraben, dann hört auch die irdische Autorität sehr bald auf, und die Folge wird sein, daß auf politischem Gebiet der Marxismus und auf dem Gebiete, das wir jetzt das religiöse nennen, der Atheismus seine volle Wirksamkeit ausüben."

Bebel, Sozialdemokrat, in „Sozialismus und Christentum", Seite 13:

„Das Christentum ist freiheits- und kulturfeindlich."

Und:

„Christentum und Marxismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser."

Wilhelm Liebknecht, am 11. 1. 1883 im Reichstag:

„Zu der Zeit, wo die Sozialdemokratie herrschen wird, wird die katholische Kirche ein Märchen der Vergangenheit sein."

In einer Zentrumsversammlung in Steglitz suchte ein Studienrat Fincke dem Zentrumsredner die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie klar zu machen. Vom Vorstandstische wurde ihm die Antwort: „Die Sozialisten (gemeint sind die marxistischen Sozialdemokraten. Red.) haben eine viel feinere Einstellung für die Belange der christlichen Kirche." F. wandte sich deswegen beschwerdeführend an das bischöfliche Ordinariat von Berlin und erhielt folgende Antwort:

> „Mit Ihnen ist der hochwürdige Herr Bischof und auch der Klerus einig und gewillt, nach wie vor entschiedene Bundesgenossen zu sein in höchster Gefahr für Volk, Kultur, Familie, Moral und Schule."

So verspricht der Bischof Bundesgenossenschaft gegen die alles demoralisierende jüdisch marxistische Zerstörungsarbeit. Und das Zentrum?

Der Hauptvorstand der marxistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands von Körlöw-Löwen schreibt in einem seiner Bücher:

> „Der Kampf wider die Kirche und wider den Religionsunterricht ist kein theoretischer Kampf um theoretische Lehren, sondern er ist der Kampf der neuen werdenden Gesellschaft gegen die absterbende. Wir haben uns viel zu viel daran gewöhnt, unsere Kinder als unsere Kinder anzusehen. Auch in dieser Hinsicht vollzieht sich eine völlige Proletarisierung. Auch hier schwindet der Besitz und damit das Bewußtsein vom Besitz. — Einzelbesitztum, früher so geheiligt, früher so selbstverständlich, fängt an, als Kulturschädigung erlebt zu werden. Die Sozialisierung marschiert auch auf dem Gebiete der Erziehung. Unsere Aufgabe ist es, den Prozeß **der Vernichtung der Familie** zu beschleunigen. — — Wir lehnen alle jene Erziehungssysteme ab, die sich aus den letzten Wahrheiten, aus letzten Zwecken und Urgründen angeblich herleiten. — — Es ist ein Irrtum zu glauben, daß sittliche Bindekraft aus der Religion entstanden ist oder auch nur wesentlich durch Religion getragen wird."

Ist das nicht furchtbar? Denkt doch einmal über solche Worte und ihre Wirkungen nach. Das sind Freunde des, ach, so frommen Zentrums. „Die Bundesgenossenschaft mit der SPD. hat mit Weltanschauung und unserer religiösen Einstellung nichts zu tun", so schwatzen verantwortungslose Zentrumsführer, während die Pestbazillen des marxistischen Giftes sich immer tiefer ins deutsche Volk hineinfressen. Was kümmern sich diese Zentrumsbonzen um Blut, Kultur, Religion und unsere heiligen Ideale?!

Die Sozialdemokratie empfahl Schallplatten für Arbeiter. Hier eine Weihnachtsplatte:

> „Der Bürger frißt beim Kerzenlicht und macht sich's recht bequem, Der Pfarrer in der Kirche spricht vom Stern zu Bethlehem. Heut kennt der Bürger keinen Groll nach altem Christenbrauch, Er ist von Menschenliebe voll und singt mit vollem Bauch:
> Stille Nacht, heilige Nacht!
> Der Bürger sitzt beim Kerzenschein, heut ist er so gerührt Und denkt ans arme Christkindlein, wie es im Stalle friert. Denn heute schwitzt er Christentum aus allen Poren aus, Es singt zu Gottes Ehr und Ruhm das ganze Vorderhaus:
> Stille Nacht, heilige Nacht! usw."

Eine andere rote Kulturplatte:

> „Wenn es geht zu großen Stürzen, Muß die Priestermacht vergehen, Bis von allen Kirchentürmen Unsere roten Banner wehen. Fliegt der Pfaffe raus aus dem Gotteshaus, Dann wird ein Kulturhaus für das Volk daraus!"

Der sozialdemokratische „Kulturwille" bringt in der Dezembernummer folgende Verse:

> „Stille Nacht, heilige Nacht! Daß doch ein Donner den Kitsch zerkracht! Daß doch das Fest des Lichts, Der Geschenke In einer einzigen Flut der Empörung ertränke!"

Der „Arbeiterkatechismus" der roten Proletarischen Freidenker (August 1930): „Nimm die Binde von den Augen. Marx, Engels und Lenin haben dir mehr zu sagen als die Bibel. Du sollst dein Kind nicht verblöden lassen, sondern erlöse es vom Religionsunterricht. Du sollst dein Kind nicht geistig verkrüppeln lassen im Konfirmationsunterricht. Kämpfe den guten Kampf des Glaubens an die Erlösung des Proletariats durch den Klassenkampf, denn dein ist das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit, wenn du nur willst und kämpfst."

Am (28. 4. 30) schrieb der sozialdemokratische Vorwärts: **„Man darf wohl sagen, daß es die demokratische Republik war, die die Voraussetzung für die Ausbreitung der atheistischen Weltanschauung schuf."**

Kardinal Bertram sagt vor kurzem:

„Die Regierung ist in erfahrener und fester Hand."

Ist das sein Glaube? Sieht er nicht, wie unter stillschweigender Duldung der Zentrumsregierung die Gottlosenbünde und die Freidenker in den Herzen immer neuer Menschenmassen den letzten Glauben an den Herrgott vernichtet?

Freidenkerversammlungen predigen dem Volk: „Religion ist Opium für das Volk! Weg mit den Pfaffen! Heraus aus der Kirche!" Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold schützt ihre Versammlungen. Und — schrecklich zu sagen — der Prälat Dr. Kaas, ein führender Zentrumsmann, empfiehlt den Katholiken den Eintritt in das Reichsbanner. Wahnsinn! Geisteskrankheit, dein Name ist Zentrum.

Der Schreiber dieser Zeilen, der selbst eine Reihe von Jahren als Katholik dem Zentrum nahe stand, weiß, daß die Zentrumspresse über seine Abhandlung und die Zeitung, die sie bringt, Zeter und Mordio schreien wird. Es nützt das nichts. Heilige Pflicht jedes religionsbewußten Katholiken ist es, das Zentrum als die böse Pest in Deutschland neben der Sozialdemokratie und den Kommunisten zu beseitigen.

Erzberger schrieb am 13. 5. 1914 im Tag: „Alle Streitigkeiten, welche die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit heute trennen, sind von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber dem, was bei weiterem Erstarken der Sozialdemokratie auf dem Spiele steht . . . Rechte, Zentrum und Nationalliberale müssen den Kampf gegen die Sozialdemokratie trotzdem mit aller Entschiedenheit und allen Konsequenzen aufnehmen und geschlossen führen — im Interesse des Staatsganzen. Es gibt keine notwendigere Aufgabe der Gegenwart als diese, und die zukünftige Generation würde uns nie von der Schuld des Parteiegoismus, der berechtigten Anklage der politischen Kurzsichtigkeit und Unfähigkeit lossprechen können, wenn diese Parteien versagen wollten."

So Erzberger! Und die Parteien, vor allem das Zentrum, hat versagt, vielleicht sogar in seinem blinden Hasse gegen alles art- und blutbewußte Deutschtum gewollt versagt. Erkannte das Zentrum doch in der Sozialdemokratie einen konsequenten Bundesgenossen in der Zerstörung von Volk und Kultur, jeglichen Deutschtums überhaupt.

Solche Gedanken sind es, die uns deutschbewußte katholische Akademiker auf den Plan führen unter der Parole:

Gegen das Zentrum, für unsere christliche Religion!
Gegen das Zentrum, für deutsche Art und deutsche Kultur!
Gegen das Zentrum, für die deutsche Freiheit und die Zukunft unserer Kinder!
Deutschland wird nationalsozialistisch sein, oder es wird nicht sein.

In der Klemme.

Von Franz Stöhr, M. d. R.

An der brutalen Niederknüppelung der Opposition haben sich bei der sogenannten Geschäftsordnungsreform im Reichstage auch die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Deutschen Landvolks, der Wirtschaftspartei und des Christlich-sozialen Volksdienstes beteiligt. Vor den Folgen ihres herostratischen Tuns scheint einigen der Schuldigen inzwischen bange geworden zu sein. So war es natürlich nicht gemeint. An den Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen, denen sich auch einige aufrechte Mitglieder der Landvolkfraktion anschlossen, haben die Herrschaften nicht gedacht. Sie waren ja nichts weiter als willfährige Puppen in der Hand der begabten ehemaligen Zöglinge der Jesuitenschule in München-Gladbach und vertrauen fest darauf, daß das Zentrum alle Schritte reiflich überlegt und die gesamten Trümpfe für den Fortgang des parlamentarischen Spiels fest in Händen Wir haben gestern an dieser Stelle nachgewiesen, daß die Zentrumsführung sich bei der Vorausberechnung der Wirkungen ihrer Maßnahmen, vielleicht zum ersten Mal in ihrer sehr langen Geschichte, einer schlechthin verhängnisvollen Täuschung hingegeben hat. Ihre Presse, die in den ersten Tagen nach unserem Exodus mit den marxistischen Gazetten an Schnoddrigkeit des Tons wetteiferte, scheint inzwischen zur Besinnung gekommen zu sein. Natürlich geht es nicht gut an, sich die eigene Dämlichkeit zu attestieren. Nach bewährter Zentrumstradition wird in der Gefolgschaft der anderen Parteien jemand ausfindig gemacht, der einen gewissen Anspruch darauf erheben kann, gehört zu werden, um der Opposition in einem Blatte, das ihr „nahesteht", zu Gemüte zu führen, wie schädlich ihr weiteres Fernbleiben von den Sitzungen des Reichstages sich für die „nationale Sache" auswirken müßte. Also schreibt der neulich im NSPD. nicht gerade rühmlich erwähnte Reichstagsabgeordnete Dr. Gereke in der „Deutschen Tageszeitung" (Morgenausgabe vom 14. Februar 31) in diesem Sinne unter der Ueberschrift: „Landwirtschaft und Opposition" einen langen Leitartikel. Herr Dr. Gereke bescheinigt sich zunächst seine Zugehörigkeit zur „nationalen Rechten". Leider scheint das bisher sein Geheimnis gewesen zu sein. Wir beurteilen diese Auch-Nationale nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten. Die Taten des Herrn Dr. Gereke jedoch sprechen gegen seine protzige Behauptung. Wir sehen in ihm eine der unerfreulichsten Erscheinungen des Young-Reichstages, und wir würden uns garnicht wundern, wenn er früher oder später auf dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei oder noch weiter links seinen Platz suchen und finden würde. Die Zentrumsherren haben daher keinen guten Griff getan, als sie sich entschlossen, ausgerechnet diesen Mann gegen uns vorzuschicken. Er gibt sich den Anschein, als spräche er im Auftrage oder doch wenigstens im Interesse der „Grünen Front". Was soll aus der Landwirtschaft werden, wenn die nationale Opposition in der Abstinenz verharrt? Er weist auf die keineswegs neue Tatsache hin, daß Sozialdemokratie und Kommunisten (die Bezeichnung Marxisten wird peinlich vermieden) im Rumpf-Parlament zahlenmäßig die absolute Mehrheit haben, also jeden landwirtschaftsfreundlichen Antrag niederstimmen können. Ein solcher Fall hätte sich, wie Herr Dr. Gereke schreibt, im Haushaltsausschuß bereits ereignet. Darüber hinaus ist Herr Dr. Gereke so einsichtig, zuzugeben, daß ohne die nationale Opposition in diesem Reichstage überhaupt keine agrarfreundlichen Anträge durchgebracht werden könnten. Was sich im Haushaltsausschuß ereignet habe, sei nur ein erster Auftakt gewesen, dem weitere agrarfeindliche Beschlüsse folgen würden, falls Sozialdemokraten und Kommunisten (wieder vermeidet er geflissentlich die Anwendung des Ausdrucks Marxisten) infolge unseres Fernbleibens auch weiterhin über die absolute Mehrheit verfügen könnten. Er malt u. a. den Teufel der Gefrierfleischeinfuhr an die Wand. Auch die besondere Rettungsmaßnahme für den Osten, die sogenannte erweiterte Osthilfe mit einer möglichst weitgehenden Entschuldung, wäre bei der jetzigen Konstellation aufs schwerste gefährdet. Wen aber diese Gefahren nicht zur Einkehr bewegen, dem gibt Herr Dr. Gereke zu bedenken, daß in allerkürzester Frist der Reichswehretat zur Verhandlung steht, dessen Verabschiedung im Sinne der Reichswehr nur mit Hilfe der gesamten nationalen Rechten möglich sei. Die fromme „Germania" hat offenbar auf die Veröffentlichung dieses vom Zentrum bestellten Aufsatzes mit fiebernden Nerven gewartet. Denn noch in ihrer Abendausgabe vom gleichen Tage fängt sie den ihr zugeworfenen Ball auf und meint salbungsvoll, es wären noch nicht acht Tage seit der „Flucht" der Rechtsradikalen aus dem Parlament verstrichen und bereits meldeten sich „die schweren Nachteile dieses wenig geistvollen Schrittes in nachdenklicher Weise". Wahrscheinlich wollte die fromme „Germania" „in bedenklicher Weise" sagen. Eine Entgleisung oder auch ein Druckfehler, an sich gewiß kaum der Rede wert, aber für die seelische Verfassung unserer Pappenheimer, die wir genau kennen, überaus symptomatisch. Der Moniteur des Zentrums tut noch ein übriges und apostrophiert in erster Linie den Reichslandbund. Er werde, so läßt sich die „Germania" vernehmen, „von dieser taktischen Entwicklung besonders schwer betroffen. Ueber diese seine Krise helfen auch die besten Erklärungen nicht hinweg. So wie die Rechtsradikalen es treiben, kann man dem Volke und dem Staate nicht helfen. Und so wie der Landbund es verantworten zu können glaubt, kann man am allerwenigsten der deutschen Landwirtschaft helfen und nützen. Man ist in eine sehr unangenehme Sackgasse geraten!" „Aus die Luke liekste"., sagt der Berliner. Landvolkfraktion und Reichslandbund sollen bittend, beschwörend und drohend auf die nationale Opposition einwirken, damit sie reumütig ihre Rückkehr in den Young-Reichstag bewerkstellige. Wenn irgend etwas, dann beweist dieser verzweifelte und nutzlose Versuch, wie peinlich das Zentrum und seine Spießgesellen die Klemme verspüren, in die sie geraten sind. Herr Dr. Gereke scheint selbst eine Ahnung davon zu haben, wie wenig erfolgversprechend die Mission ist, die man ihm aufgehalst hat. Im Rahmen seiner Betrachtungen fällt die Erkenntnis auf, daß „der Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen wohl kaum erfolgt wäre, wenn nach dem 14. September bei Zusammensetzung der Reichsregierung dem Wahlergebnis so Rechnung getragen wäre", wie er und seine Freunde es angeblich immer gefordert haben. Wir wollen und können nicht bestreiten, daß Herr Dr. Gereke und seine Leute gelegentlich auch einmal dem Reichskanzler vor Augen zu führen versuchten, wie wenig ratsam es wäre, den nationalsozialistischen Wahlsieg völlig außer Betracht zu lassen. Herr Dr. Gereke wird aber nicht in der Lage sein, nachzuweisen, daß er auch nur einen Bruchteil der Energie, die er im Bunde mit der Mehrheit des Rumpfparlaments vergeudete, um die nationale Opposition niederzuringen, zu dem Zweck aufbot, den Kanzler und seine Partei nach „rechts" herüber zu ziehen. Herr Dr. Gereke sieht weiter ganz richtig, daß „auch der Druck, der dauernd von Preußen her auf die gesamte nationale Rechte ausgeübt wird, schließlich eine schwere Krise auslösen müßte." Warum, so muß man fragen, hat Dr. Gereke nichts gegen diese Zustände unternommen? Hätte er sich von den verdienstvollen und nackensteifen, aus seiner Fraktion geflüchteten Abgeordneten Dr. Wendhausen, von Sybel und Sieber beraten lassen und dem Kabinett Brüning ganz ernsthaft den Abmarsch ins Lager der entschiedenen Opposition angedroht, falls den Beschwerden, die er jetzt nachträglich der Oeffentlichkeit unterbreitet, nicht Rechnung getragen würde, dann hätte die Entwicklung eine andere Bahn genommen. Herr Dr. Gereke und seine Freunde sind also, von den Christlich-Sozialen und der Deutschen Volkspartei abgesehen, ganz allein daran schuld, daß sie sich nunmehr in der fatalen Lage befinden, die in der „Deutschen Tageszeitung" (auf Bestellung des Zentrums) so anschaulich skizziert ist. Die „Germania" und ihre Hintermänner bewegt keineswegs die Sorge um das weitere Schicksal und die Zukunft der Landwirtschaft, wenn sie ihre Rattenfängermelodien ertönen lassen. Noch in keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte steckten die München-Gladbacher in einer so bösen Klemme wie gegenwärtig. Herr Dr. Gereke und seine Freunde haben es noch heute in der Hand, den Dingen eine andere Wendung zu geben. Erst noch vor wenigen Wochen erklärte der Vizekanzler und Reichsminister der Finanzen im Haushaltsausschuß, die Regierung würde sich um Mehrheitsbeschlüsse für die sie die Verantwortung nicht tragen könnte, nicht kümmern. Herr Dr. Gereke und seine Freunde brauchen daher das Reichskabinett nur klipp und klar in aller Oeffentlichkeit aufzufordern, die bindende Versicherung zu geben, daß diese Anschauungen auch bei etwaigen landwirtschaftlichen Beschlüssen der Mehrheit des Rumpf-Parlaments praktische Anwendung finden würden, widrigenfalls die Landvolkfraktion unverzüglich dem Beispiel der nationalen Opposition folgen und dem Young-Reichstag ebenfalls den Rücken kehren würde. Auch Herrr Dr. Gereke wird nicht die Stirn haben, zu behaupten, daß nach diesem Exodus seiner Freunde der jämmerliche Rest der Parteien rechts vom Zentrum den Mut aufbringen würde, den schwarz-roten Verbündeten, den eigentlichen Herren der Situation, weiterhin zu assistieren.

Mißmutig ist man,

wenn die „Bremer Nationalsozialistische Zeitung" ausbleibt. — Ist der Bezug durch Zahlung des Bezugspreises an den Briefträger erneuert worden?

Durch den Postbezug ist unseren Lesern die schnellste und bequemste Zusendung der „Bremer Nationalsozialistische Zeitung" gesichert.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Neubestellungen auf die B. N. Z. stets bei dem zuständigen Briefträger zu erfolgen haben und nicht beim Verlag bzw. der Schriftleitung. Ebenso sind Beschwerden über nicht pünktliche Zustellung stets beim zuständigen Postamt anzubringen, das für Abhilfe sorgen wird. Erst wenn Beschwerden ohne Erfolg sind, wolle man sich unter kurzer schriftlicher Darlegung und Namensnennung an den Verlag wenden, der dann das Weitere veranlassen wird.

SA Ecke

Die Straße frei den Braunen Bataillonen.

Bremer S. A. marschiert.

„Wir fordern für uns das Recht auf die Straße!", das war die Parole der Bremer S.A. für den letzten Sonntag. Gerade am 22. Februar, dem Tage der Marschbereitschaft des Bürgerfrieg-Reichsbanners wollten wir beweisen, daß die Zeiten vorbei sind, wo die roten Horden allein die Straße beherrschten. Auch hier in Bremen steht das nationalsoz. Arbeitertum fest formiert in den Braunen Bataillonen, bereit zum Kampf für das Dritte Deutsche Reich nationaler Freiheit und sozialistischer Gerechtigkeit! Wir Bremer durften ja auf diesen Aufmarschtag des Reichsjammers besonders gespannt sein, hatte doch gerade hier in Bremen der „Oberste Kriegsherr" Hörsing vor einigen Wochen den Befehl gegeben, im Interesse der Republik die Nationalsozialisten bis auf den letzten Mann zu vernichten; dazu kam in den letzten Tagen noch die Hetze der marxistischen Volkszeitung, die uns schwere Zwischenfälle in Aussicht stellte, falls wir es wieder wagen sollten in die SPD.-Hochburg in der Rathenaustraße einzudringen. Doch dazu sollte es nicht kommen, ruhig und ohne Zwischenfälle verlief der mehrstündige Propagandamarsch und durch ihr diszipliniertes Auftreten eroberte sich die S. A. überall die Sympathien der Bewohner. —

Mit 400 Mann trat die Bremer Standarte 2 zusammen mit einer starken Abteilung der Bremer Hitler-Jugend am Sonntagmorgen am Bahnhof an. Unter den Klängen des Spielmannzuges und unter Kampfgesang ging es die Georgstraße hinunter, über die Kaiserbrücke in die Neustadt hinein. Durch die Westerstraße ging es zu den Gewerkschaftshäusern in der Rathenaustraße. Ruhig und diszipliniert verhielt sich die S. A., doch vor allem verhielt sich hier auch die Bevölkerung ruhig und diszipliniert — entgegen der Aufforderung der Volkszeitung —, sodaß es zu keinerlei Zusammenstößen kam. Zur allgemeinen Erheiterung hatte lediglich ein Marxist ein Transparent ausgehängt „Nieder mit dem Hakenkreuz!". Mit unseren Kampfliedern und dem Ruf „Deutschland erwache" antworteten die Braunen Kolonnen auf diese marxistische „Provokation". Weiter ging der Marsch in Richtung auf den Flugplatz zum Neuenlander Feld, wo eine längere Rast gemacht wurde. Der Rückmarsch führte durch die Neuenlanderstraße vorbei an Feldern und Laubenkolonien zum Buntentorsteinweg. Hier begegneten wir einigen Lastwagen mit Reichsbannerleuten, die statt der geplanten „Revolution" einen Sonntagnachmittags-Ausflug nach außerhalb unternahmen. Bei einem Vergleich der ruhig und diszipliniert marschierenden S. A. mit den johlenden und Rieda-brüllenden Reichsbannerleuten schnitten Herrn Hörsings kriegerische Mannen sehr zum Nachteil ab. Die Schnauze macht's nicht, ihr Herren, Disziplin bestimmt den Wert einer Formation, und davon merkte man beim Reichsbanner nichts! Von einer dichten Menschenmenge umgeben, führte der Marsch zurück in die innere Stadt zum Bahnhof, wo gegen 13 Uhr weggetreten wurde.

Die Bremer S. A. hat auf diesem Marsch ausgezeichnete Propagandaarbeit geleistet, denn hier konnte jeder Einzelne, ob Freund oder Gegner, sehen: was hier marschiert, das sind keine Terrorhorden, das sind aber auch keine Landsknechte, das ist bestes Deutsches Blut, Jugend und Frontsoldaten, getragen von einer gemeinsamen Idee zum Kampf für ein Vaterland, das heute noch nicht da ist, sondern das man erst erkämpfen und sich schaffen will. Und manchem Volksgenossen, der bisher noch im marxistischen Lager stand, dürften die Augen über den Sinn unseres Kampfes geöffnet sein, wenn er unsere Kampflieder hörte:

„Wir kämpfen nicht für fremde Diktatoren,
Wir kämpfen nicht fürs Judenkapital,
Wir kämpfen nur für unsere Heimaterde,
Sind Sozialisten, und sind national!"

Lux.

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

S.A. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Fernsprecher: Roland 9980 (Früchtenicht).
Sprechst. des O.G.F. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

Wer stiftet der Hitlerjugend einen Schrank, der dringend benötigt wird. Meldungen an die Geschäftsstelle: Simonstr. 25, II., wann und wo abzuholen.

Achtung! Am Montag, dem 2. März 1931, öffentliche Versammlung im kl. Centralhallensaal. Es spricht der Reichsführer der HJ. Kurt Gruber, München, über „Jugend und Nationalsozialismus". — Beginn 8.15 Uhr. — Kosten: 20 Pfg. — Bremer Jugendgenossen! Bremer Volksgenossen! Jeder von Euch ist zur Stelle!

Hitler-Jugend Bremen.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Am 28. Febr. nachmittags 4,30 Uhr findet eine öffentliche Versammlung im Casino statt, Redner E. Jung, über das Thema: „Die deutsche Jugend im Kampf mit dem System". Unkostenbeitrag 20 Pfg.

B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.
Postscheckkonto: Hamburg 74738.
Bankkonto: Sparkasse in Bremen.

Öffentliche Versammlung.

Die nächste öffentliche Versammlung findet am 27. Februar 1931 statt. Redner: Dr. Albrecht, M. d. R., kommissarischer Gauleiter von Mecklenburg.

Kampf dem Zentrum.

Die Reichsleitung hat hierfür ein geeignetes Flugblatt „Mobilmachung" herausgegeben. Sämtliche Ortsgruppen und Stützpunkte im Zentrumsgebiet bestellen sofort!

Preise: 100 Stück 1 RM., 500 Stück 3 RM., 1000 Stück 5.50 RM., 5000 Stück 22.50 RM., 10000 Stück 42.— RM. einschließlich Porto.

Der Versand erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto München 23319 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Bei Bestellungen obiger Flugblätter ist genau auf Adresse und Postscheckkonto zu achten!

Der Reichskommissar Herr Baade.

Der gestern tagende Untersuchungsausschuß für Roggenstützung machte eine interessante Feststellung. Nämlich die, daß Herr Baade über das immerhin recht ansehnliche Monatseinkommen von 1500 Mk. als Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, ferner seit Februar 1930 als Mitglied der dt.-polnischen Roggenkommission 3000 Mk. monatlich und noch die Reichstagsdiäten von 600 Mk. monatlich verfügt. Das ergibt immerhin die schöne Summe von 5100 Mk. monatlich, mit der wohl sogar ein SPD. Mann einigermaßen auskommen könnte. Er wich gestern dieser Feststellung verlegen aus und erklärte, die Summe als aus der Luft gegriffen. Aber selbst seine Presse muß heute die Richtigkeit dieser Zahlen zugeben.

Erholungsurlaub für Baade.

Schwere Belastung für die SPD.

Die aufsehenerregenden Enthüllungen, die in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses über die Roggenstützung betreffend das Einkommen des Reichsroggenkommissars Baade gemacht wurden, Bezüge, deren Höhe der geschäftstüchtige marxistische Bonze sich teilweise aus eigener Machtvollkommenheit zugebilligt hatte, haben nunmehr zu Folgerungen in der sozialdemokratischen Partei geführt. Zunächst war geplant worden, Herrn Baade auf einige Wochen unter dem Vorwand eines Erholungsurlaubs fortzuschicken. Da sich inzwischen die Affäre aber zu einem Riesenskandal ausgewachsen hat, scheint man geneigt zu sein, den schwer belasteteten Bonzen fallen zu lassen. Jedenfalls gehen Gerüchte um, daß Herr Baade von seinem Posten im Ernährungsministerium abgesägt werden soll, um an anderer unauffälligerer Stelle zunächst einmal Verwendung zu finden, bis Gras über die unerquickliche Gehaltsaffäre gewachsen ist.

Und Trevi sprach . .

Der Minister „ohne Geschäftsbereich" Treviranus — aus dem Wahlkampf als Konserve bekannt unter dem Namen „Trevi" — hielt auf dem ersten Parteitag der Konserven die Hauptrede. Er bedauerte, daß die Regierung Brüning für sich so wenig Propaganda gemacht habe. Dadurch habe das Volk so herzlich wenig über die „Leistungen" der Regierung erfahren. — Wir sind der Auffassung, daß die „Notverordnungen" für die Regierung die beste Reklame waren. —

Der Reichsparteitag, bestehend aus 150 Männeken, beschloß sodann, sich dem Stahlhelm-Volksbegehren anzuschließen zwecks Beseitigung der Preußenregierung.

Und Dingeldey meinte . . .

Wenn die Deutsche Volkspartei etwas meint, dann will das schon was heißen. Meistens hat sie nämlich keine Meinung. Das Nachrichtenblatt der Volkspartei „meint": „In der Volkspartei drängt sich eine solche Fülle von Intelligenzen zusammen, daß der nur Führer sein kann, der diese geistig hochstehenden Menschen noch um eines Hauptes Länge überragt — Dingeldey."

Das ist ja fabelhaft. Sehen wir uns die Dinge bei Licht an. Die bisherige Domäne der Deutschen Volkspartei war die deutsche Außenpolitik. (Stresemann—Curtius). Die Erfolge der Außenpolitik sind aber so mangelhaft, daß man meinen kann, Intelligenz und Außenpolitik schließen einander aus.

Herr Dingeldey meint, auch die Volkspartei müsse sich an dem Stahlhelm-Volksbegehren beteiligen. —

Beide, d. h. Trevi und Dingeldey, fragen wir, warum denn noch diese Tierquälerei? Das Volksbegehren ist zu vermeiden. Tretet doch aus der Reichsregierung aus, dann fällt das ganze Kartenhaus zusammen und auch Preußen ist fällig. Brüning und Preußen und Preußen und Brüning sind in ihren Wirkungen doch ein und dasselbe. Soviel Rückgrat aber bringen die Intelligenzler nicht mehr auf. Das weis das erwachende Volk; schmunzelnd sieht es das „Kraftmeiertum" und summt vergnügt:

„Wir tanzen Dingeldey
immer hin und her.
Das fällt den Kardorff's
und den Trevi's niemals schwer.
Und kommt der Curtius
zurück aus Genf,
befindet Deutschland sich
noch mal so tief im Senf.

Wie man Kassenbeiträge verludert.

„In der Demokratie ist kein Platz mehr für Korruption!" — so hieß es Anno 1918 in den schwülstigen Aufrufen der (nicht vom Volk beauftragten) Herren „Volksbeauftragten". Das war die grüne Theorie: die graue Praxis sieht etwas anders aus.

In Breslau wurde auf eine Anordnung der Staatsanwaltschaft hin der sozialdemokratische Vorsteher der Abteilung Reichsversorgung bei der allgemeinen Ortskrankenkasse verhaftet, weil er die Kasse und das Hauptversorgungsamt um große Summen betrogen hat, und zwar zu seinen und eines Arztes Gunsten.

Die Breslauer Ortskrankenkasse ist überhaupt ein fideler Laden. Schon unlängst wurden falsche Abrechnungen nachgewiesen, die einen Schaden von 200 000 RM. verursachten, was nur durch die gänzlich Kontrolle durch den gleichfalls sozialdemokratischen Krankenkassenvorsitzenden möglich war. Aber dafür sitzt man in einem Palast, dessen Gesamtkosten auf 600 000 RM. veranschlagt waren, während allein die Vorarbeiten 762 000 RM. verschlangen; ein einziger Architekt verdiente dabei runde 100 000 RM. Dann baute man das alte Verwaltungsgebäude um: Kostenpunkt 750 Tausend RM.: dann errichtete man einen Erweiterungsbau ohne Inneneinrichtung für weitere 2 0314 000 RM., und die Innenausgestaltung allein im Saalgeschoß fraß weitere 65 000 RM. Summa Summarum: vier Millionen! Und nun noch Veruntreuung, Unterschlagung, Betrug.

Damit wir wissen, wofür wir die hohen Kassenbeiträge freudig entrichten!

So leben wir — so leben wir . .

Die von den Nationalsozialisten beantragte Auflösung des sächsischen Landtages wurde unter wüsten Lärmszenen der Kommunisten gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen und der KPD. abgelehnt.

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Thiele, M. d. R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Ifenfee, Oldenburg. Fernsprecher 4134

Stadttheater.

Heute 20 Uhr, Geschloss. Vorstellung für den Beamten-Bild.-Ausschuß Abt. B.
Füer
Donnerstag, 20 Uhr, 121. Ab.-Vorst.
Ende ungef. 22.45 Uhr
Das Kätchen v. Heilbronn
Dramatisch. Schausp. v Heinr. v. Kleist
Freitag, 18 Uhr, 122. Ab.-Vorst.
Ende ungef. 23 Uhr
Letzter Abend im Wagner-Zyklus:
Der Ring des Nibelungen:
Letztes Gastspiel Reiner Minten
Götterdämmerung
Siegfried . . . . Reiner Minten a. G.
Sonnabend 15 Uhr (52 Nachm.-Vorst.)
Zu ganz kleinen Preisen: 30 Pfg. bis 2.75 Mk.
Die Jungfrau von Orleans
20 Uhr, 123. Ab.-Vo st.
Ende ungefähr 22 45 Uhr
Cavalleria rusticana
hierauf:
Der Bajazzo
Sonntag, 15 Uhr (53. Nachm.-Vorst.)
Zu ganz kleinen Pr isen:
30 Pfg. bis 2 75 Mark
Wilhelm Tell
20 Uhr, 124. Ab.-Vorst. Ende ungef. 22.15
La Traviata
Oper von G. Verdi

In Wirkung und Preis
kein Unterschied zwischen Rasofix und Rasieren!
Daher kann jeder sich auch wie vor
bei seinem Friseur rasieren lassen.
Der Bart wird ordnungsgem. entf. und die Haut geschont!
H. Kobbenbrink, Herren-Friseur.
Marktstraße 20

Stellengesuche
SH.-Mann, 21 J., Tischler, **sucht Arbeit** gleich welcher Art. Offerten unter G. 45 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mietgesuche.
4-Zimmer-Wohnung mit Küche für Familie mit Kindern. Mögl. Zentrum. Offerten unter H. 46 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verschiedenes
Tiefgefühlte **Qualitäts-Vollmilch** aus eig. Viehhaltung lief. in Flasch. frei Haus (Preis pro Ltr. 30 Pfg.) Parteigenosse **Kretschmar,** Habenhausen

Familienanzeigen finden in der B. N. Z. weiteste Verbreitung!

Bringe Pg. u. S.-A. Kameraden meine **Schuhreparatur Werkstatt** in Empfehlung. Pg. 10% Rabatt. **Hinrich Brandt** Schuhmachermeister Horn, Klattendiek 2 Hansa 44938

Unterricht.
Engl. Unterricht (Auslandspraxis) **Hermann Ernst** Kölnerstraße 58.

Unterricht in der **Plakat-Malerei** (Lackschrift) erteilt Pg. E. Vietgen Rheinstrasse 7p.

Frischens
Privat-Handels-Schule
Unterricht in allen erforderlichen Fächern
Bredenstr 14. Eintritt jederzeit.

Unterstützt den Mittelstand!

Nat. soz.
Buch- u. Zeitschriften
Vertrieb
Pelzerstr. 12/13 (i. Hause d. Parteigeschäftsstelle
Sämtliche nat.-soz. Zeitschriften, Zeitungen, Bücher,
kauft der Nat.-Soz. nur hier!
S. A.-Diensthemden und sämtl. S.-A.-Bedarf
stets am Lager.
Ortsgr. erh. Sonderrabatt.
A. Tiemann

Bremer Land Radio
Schüsselkorb 32|33
Kompl. Radio-Anlagen
Sprechapparate
Schallplatten

Rud. Kaps Betriebe am Hauptbahnhof

Regina
— das zeitgemässe Haus —
Täglich 8 Uhr
das grosse Abendprogramm
Jeden Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag
Nachmittags-Vorstellung

Alkazar (Tivoli)
Jeden Sonnabend u. Sonntag
Abendvorstellung

Grinzing
zum Heurigen
der grosse Stimmungsbetrieb

Berücksichtigt unsere Inserenten

Mobilmachung!!
Gegen **Wohnungsnot u. Zinswucher!**
Wir geben zinslos Geld für Hypoth.-ablös., Neubauten, Si-dlungen, Hausk.
Bauspar A.-G.
Bremen
Ausk.: Stadtkontor Altenwall 4 F. D. 23830
Gesch.: 9—12 u. 16—20
Sonnabends 9—14



die Zeitlupe

Die aktuelle Kampfzeitschrift gehört in jede deutsche Familie!
Preis pro Heft 30 Pfg. frei Haus.
Monatlich 1,— Mk.
Abonnements-Bestellungen nur bei der Bremer Nat.-soz. Zeitung, Bahnhofstr. 26

Bestellschein!
Ich bestelle hiermit bei der
Bremer Nationalsozialistischen Zeitung
„die Zeitlupe"
im Abonnement zur wöchentlichen Lieferung in Einzelberechnung mit je 30 Pfg. oder monatlich 1.— Mark.
Name .....
Ort .....
Strasse .....

Achtung! Heute, Mittwoch Eröffnung!
Stand — Neue Markthalle Kl. Allee



Bacon Bacon

Mildgesalzenes Schweinefleisch von hervorragender Qualität und Geschmack, zum Kochen und Braten, Pfund **78 Pfg.**
Mindestabgabe 2 Pfund. — Nur ein Versuch kann Sie überzeugen!
Hersteller:
Grosschlachterei Otto Conradt
Hauptgeschäft: Falkenstraße 35 a.

Es ist leicht für Dich . . .

einen neuen Bezieher für die B. N. Z. zu werben u. dadurch mitzuhelfen am Ausbau Deiner Zeitung. Schreibe Name und Adresse des Neugeworbenen auf einen Zettel und sende diesen an die Geschäftsstelle der

„Bremer Nationalsoz. Zeitung"
Bahnhofstraße 26.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

25. Februar 1931

Aus Bremen Stadt und Staat

Die nationalsoz. Angestellten beteiligen sich an der Angestelltenkammerwahl am 28. 3.

An der Angestelltenkammer ist bisher eine lebhafte Kritik geübt worden. Wir Nationalsozialisten sind der Meinung, daß den Angestellten mit einer Sonderkammer nicht viel genützt ist. Es ist notwendig, daß endlich auch innerhalb der Wirtschaft die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Mitarbeiter anerkannt werden. Aus dem Grunde soll man endlich den Angestellten die Handelskammer erschließen und dafür sorgen, daß die Angestellten gleichberechtigt in der Handelskammer mitwirken können. Befähigte Angestellte sind genug vorhanden, denn es ist ja heute schon vielfach so, daß große Firmen von Angestellten vollverantwortlich geführt werden. Dann wird auch endlich die Auffassung der Handelskammer, die uns immer wieder stark sozialreaktionär und arbeitnehmerfeindlich vorkommt, sich ändern. Von bestimmten Kreisen wird nun immer wieder die Beseitigung der Angestelltenkammer gefordert, ohne daß man den Angestellten eine andere und bessere Einwirkungsmöglichkeit auf die Wirtschaft geben will. Tarifverträge wollen die Arbeitgeber nicht abschließen., freiwillig einigen wollen sie sich mit den Gewerkschaften auch nicht. Den Angestellten nun zuzumuten, selbst die Angestelltenkammer zu beseitigen, ohne daß man ihnen die paritätisch besetzte Handelskammer bietet, heißt doch die Naivität auf die Spitze treiben. Die Angestellten werden doch eine, wenn auch nur geringe Möglichkeit, ihre Wünsche den Behörden halbamtlich vorzutragen, nicht ohne einen besonderen Ersatz aufgeben. Anders ist natürlich die Frage nach der Besetzung der Angestellten-Kammer.

In der Angestelltenkammer muß eine nationale Mehrheit geschaffen werden.

Darum geht der Kampf. Auf der Liste des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes kandidieren unsere Pg. Rinne, Kayser, M. d. B., Mohrmann und Schiffer. Diese Parteigenossen werden in Verbindung mit ihren Verbandskollegen unbedingt dafür sorgen, daß die Angestelltenkammer im Sinne der nationalen Angestellten wirkt. Angestellte, die sich nicht an der Wahl beteiligen oder nicht die Liste des völkischen und unbedingt national zuverlässigen Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes wählen, erleichtern dem Marxismus den Einzug in die Angestelltenkammer.

Alle Nationalsozialisten und ihre Anhänger wählen die Liste des D. H. V.

Es ist folgendes zu beachten. Wählen kann nur, wer einen Wahlberechtigungsschein besitzt, und 18 Jahre alt ist. Der Wahlberechtigungsschein wird von dem zuständigen Polizeidistriksbüro, in dessen Bezirk die Arbeitsstelle ist, ausgestellt. Zwecks Nachweis der Wahlberechtigung wird als Ausweis eine Bescheinigung des Arbeitgebers verlangt, zu dessen Ausstellung jeder Arbeitgeber verpflichtet ist. Auskunft erteilt das Wahlbüro des D. H. V., Wall 179, Telefon 24 627, das auch die Besorgung der Wahlberechtigungsscheine übernimmt.

Nationalsozialisten, brecht den Marxismus in der Angestellten-Kammer.

Anfrage an die Baupolizei!

Wann werden die den Fußgängerverkehr erheblich behindernden Stützen des Hauses Bamberger in der Faulenstraße endlich verschwinden? Es ist unverständlich, daß behördlicherseits nicht gegen den Inhaber vorgegangen wird, wo man sonst rücksichtslos bei längerem Stehen von Bauplanken und Gerüsten empfindliche Strafen verhängt.

Bürgerschaftsanträge der Nationalsozialisten.

Anstelle des von uns in Nr. 11 vom 21. Februar 1931 mitgeteilten ersten Abänderungsantrages wird nunmehr nachstehender Antrag eingebracht:

Abänderungsantrag zu Nr. 11.

Die Bürgerschaft hält es mit Rücksicht auf die Notlage der schaffenden Bevölkerung und im Interesse einer sparsamen Wirtschaftsführung für dringend notwendig, die Gehälter der Besoldungsgruppen 17 bis 21 der Besoldungsordnung vom 12. Januar 1928 herabzusetzen und ersucht den Senat, die Deputation für die Ueberprüfung der Besoldungsordnung mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage zu beauftragen und sie der Bürgerschaft baldmöglichst vorzulegen.

Seebäderdienst des Norddeutschen Lloyd 1931.

Der vorläufige Seebäderfahrplan des Norddeutschen Lloyd Bremen für das Jahr 1931 ist erschienen.

Zwischen Bremerhaven (Columbuskaje) und Helgoland soll wiederum der bekannte und beliebte Turbinenschnelldampfer „Roland" und zwischen Helgoland und Norderney der Salonschnelldampfer „Glückauf" des Norddeutschen Lloyd verkehren. In Verbindung mit D. „Glückauf" wird auf der Strecke Helgoland—Norderney auch der D. „Rheingold" der A.-G. „Ems" im kommenden Sommer wieder die regelmäßigen Fahrten bedienen. Zwischen Wilhelmshaven und Helgoland verkehrt D. „Glückauf" bezw. „Vorwärts" und zwischen Bremerhaven und Wangeroog bezw. Wangerooog—Helgoland Salonschnelldampfer „Delphin".

Die ersten diesjährigen Tagesrückfahrkarten von Bremerhaven nach Helgoland und zurück werden an den beiden Ostertagen durch D. „Vorwärts" ausgeführt. D. „Roland" wird zu Pfingsten in Dienst gestellt werden.

Pfingsten ist die Möglichkeit gegeben, von Bremerhaven und Wilhelmshaven aus nach Helgoland und von Bremerhaven nach Wangeroog Ausflüge von 1-, 2-, 3-, 4- und 5-tägiger Dauer zu unternehmen, da die Schiffsrückfahrkarten für diese Zeit eine 5-tägige Gültigkeit haben. An den beiden Pfingstfeiertagen fährt D. „Roland" von Bremen-Stadt nach Helgoland und zurück. An diesen beiden Tagen können auch Ausflüge von Bremen-Stadt nach Wangeroog gemacht werden, bei denen in Bremerhaven von D. „Roland" auf D. „Delphin" umgestiegen werden muß.

In der Zeit von Mitte Juni bis Mitte September besteht an jedem Dienstag und Freitag Verbindung von Bremerhaven über Helgoland nach Wangeroog oder umgekehrt mit mehrstündigem Aufenthalt auf Helgoland; desgleichen bietet sich Gelegenheit, in dieser Zeit an jedem Dienstag und Freitag von Wilhelmshaven über Helgoland nach Wangeroog und umgekehrt zu fahren.

Die Anschlußzüge von und nach dem Binnenlande verkehren auch im kommenden Sommer wieder bis und von Bremerhaven-Columbusbahnhof; also bis unmittelbar zur Anlegestelle der Seebäderdampfer an der Columbuskaje, der Abfertigungsstelle der Ozeanriesen des Norddeutschen Lloyd, die die größte Schiffsansammlung der Welt besitzt und somit eine besondere Sehenswürdigkeit darstellt. Da ferner die Nordseebesucher, die ihren Weg über Bremen und Bremerhaven wählen, häufig auch Gelegenheit finden werden, der Abfahrt oder Ankunft eines der Großdampfer des Norddeutschen Lloyd dort beizuwohnen oder einem dieser Expreßschiffe auf der Nordsee oder in der Wesermündung zu begegnen, so kann mit Recht die Fahrt über Bremerhaven mit all ihren zahlreichen Vorzügen in der Reihe der interessanten, lehrreichen und angenehmen Reisewege an die erste Stelle gesetzt werden.

Wer kennt die Kunsthalle und ihre Schätze?

Um allen Kunstfreunden, denen die Schätze unserer Bremer Kunsthalle noch nicht vertraut sind, Gelegenheit zu geben, sich über Inhalt und Aufgaben der Galerie zu unterrichten, wird der Direktor der Kunsthalle, Prof. Dr. E. Waldmann, am 25. Februar über die modernen Meister und am 4. März über die alten Meister im Vortragssaal der Kunsthalle zwei öffentliche Lichtbildervorträge halten. Prof. Waldmann als guter, niemals trocken lehrhafter, aber immer lebendig anregender Redner bekannt, hat jedem, auch dem Nichtvorbereiteten, Wesentliches zu sagen. Zu den Vorträgen, die 20 Uhr beginnen, ist freier Eintritt auch für Jugendliche. Ein reiches, schönes Lichtbildermaterial steht zur Verfügung.

Öffentliche Versammlung

der NSDAP. findet am 27. Februar im Casino statt. Redner Pg. Dr. Albrecht, Schwerin, über das Thema: Kommt eine neue Inflation?

Öffentliche Versammlung

der Hitler-Jugend findet am 2. März, abends 8.15 Uhr, in den Centralhallen statt. Wir machen an dieser Stelle auf die näheren Angaben unter den amtlichen Nachrichten der NSDAP. aufmerksam.

Öffentliche Versammlung

des N.S.S.B. findet am 28. Februar im Casino statt. (Siehe amtliche Bekanntmachungen.)

Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene.

Am Freitag, den 27. Februar, abends 8.30 Uhr, spricht Prof. Schultze-Naumburg über das Thema „Kampf um Kunst" in der Aula des Realgymnasiums Kaiser Friedrichstraße. Prof. Schultze-Naumburg ist bekanntlich von Staatsminister Dr. Frick an die Bau-Hochschule in Weimar berufen worden.

Tretet ein in die SA.

Rich. Wagners „Ring des Nibelungen"

Die Walküre, Siegfried, die Götterdämmerung.

Ich berührte Albrichs Ring —
gierig hielt ich das Gold!
Der Fluch, den ich floh,
nicht flieht er nun mich: —
was ich liebe, muß ich verlassen,
morden, was je ich minne,
Trügend verraten,
wer mir vertraut!"

(Wotan.)

In diesen Worten deutet Wotan selbst die Tragik an, die seinem Wesen und Handeln anhaftet. Seit den geheimnisvollen Worten der Erda hat sich ein düsterer Schatten auf seinen Traum von „endlosem Ruhm" gesenkt. Seine ganze Hoffnung, von der Gefahr befreit zu werden, in die ihn die Berührung des Goldes gebracht hat, setzt er auf den reinen, freiesten Helden, der ihm aus dem Geschlechte der Wälsungen kommen soll, das er im Verein mit Erda gezeugt hat. Aber auch mit dieser Zeugung des Wälsungengeschlechtes, welches das Menschengeschlecht an sich ist, das sich in fortwährender Höherentwicklung zu reinster geistiger Sphäre erheben soll, hat Wotan sich in Schuld verstrickt, denn er hat durch die Verbindung mit dem Stofflichen, mit Erda, Frikka, die Reine, die himmlische Liebe, verraten. So ist in Wotans Seele durch sein Streben nach Macht und durch den Willen, in freier, schöpferischer Liebe sich zu betätigen, ein schwerer Zwiespalt entstanden, aus dem er vergeblich Erlösung erhofft. Denn er kann den vom Untergang bedrohten, herrlichen Wälsung Siegmund nicht retten, obwohl er ihn durch Brünhilde, seines Willens auserkorene Vollstreckerin, den Sieg zugedacht hat. Von Frikka, der Ehe heilige Hüterin, gezwungen, muß er den Lieblingssohn preisgeben und vernichten. Er hatte „den kühnen Gedanken erfaßt, dem schnöden Gold das Schwert entgegenzusetzen, um ohne der Liebe zu entsagen, dennoch die Weltherrschaft zu gewinnen.; es kann ihm aber nicht gelingen, denn er hatte gierig das Gold in der Hand gehalten". Sein eigener Wille, Brünhilde, die wir als die idealste Verkörperung seines göttlichen Willens zu verstehen haben, hat sich gegen den Gott gewendet: ungehorsam gegen das Verbot, Siegmund im Kampf gegen Hunding zu schützen, hat sie dem Wälsung den Sieg erlost. Zur Strafe wird sie von dem zürnenden Gott aus der göttlichen Schar verstoßen, nachdem sie zuvor noch die edelste Mitleidstat vollbracht hat, indem sie Siegmunds Schwester und Braut in Sicherheit gebracht, aus deren Schoß der hehrste Held, der Hort der Welt, Siegfried hervorgehen sollte. Die Trümmer des Notungschwertes hatte sie als köstlichstes Vermächtnis der Verlassenen übergeben. Der Gott versenkt sein Lieblingskind in festen Schlaf, aber den Berg umgibt er mit einem Feuerwall, damit nur der kühnste, freieste Held sie erwecken und zum Weib gewinnen soll. Die göttliche Seele liegt in Todesschlummer gebunden, um von Siegfried zu neuem Leben im Menschentum erweckt zu werden.

Siegfried, der reine Tor, der „ledig des Neides, fremd dem Gotte, frei seiner Gunst" herangewachsen ist, hat mit eigener Kraft die Trümmer des Notungschwertes geschweißt, hat Fafner, den Wurm, und Mime, die dem Menschen feindlichen Mächte und Verkörperungen des Bösen, erschlagen, den Hort und den Ring gewonnen, ohne seinen Wert zu erkennen, nur an seinem Glanze sich freuend. Leiden und harte Lehrjahre bei Mime im Walde haben ihn, in dessen Seele sich die göttliche Natur wieder zum Licht erhebt, zum Manne gemacht, zum kühnen Wagner, der das Fürchten nicht kennt. Nichts kann ihn auf dem Wege zum Walkürenfelsen, zu den Höhen reinsten Menschentums, aufhalten, nicht sein Ahnherr Wotan, der nur noch als Wanderer die Welt durchzieht und auf die gotterlösende Tat wartet, nicht die Feuerlohe, die ihm entgegenzüngelt: auf eigene Kraft gestellt und von göttlichem Geist getrieben, gewinnt er den Gipfel, die „selige Oede auf sonniger Höh'". Dort weckt er die göttliche Schwester, die menschliche Seele zu neuem Leben. Brünhilde ist des deutschen Volkes Seele, die nach herrlichen Taten feindlichen Mächten und Einflüssen erlegen ist und nun, in Todesschlaf erstarrt, des Erwekkers harrt, der mit dem Siegfriedschwert die Bande zerschneidet. —

Wotan, der eigentliche Träger und Mittelpunkt der inneren und äußeren Handlung, betritt, nachdem ihm der frei und kühn dahinstürmende Wälsungensproß den Speer zerhauen hat, nicht mehr die Bühne; wir hören nur noch von ihm, daß er „auf hehrem Sitz, stumm und ernst" das Ende erwartet, für das Alberich sorgt. Diesem war es gelungen, ein Weib zu bewältigen und ohne Liebe einen Sohn zu zeugen, der ihm als Werkzeug seiner Weltherrschaftsgelüste und Rache dienen soll: Hagen, in dem, seinem Vater wesensgleich, das Prinzip des Bösen verkörpert ist. Ihm gelingt es, Siegfried, den Edlen, Reinen, aber mit dem Fluch behafteten, zum Verrat an seiner eigenen Seele, an Brünhilde zu verführen, die ihrerseits vergessen hat, die „erlösende Weltentat zu wirken": nämlich den Ring, den Siegfried ihr als Liebespfand an den Finger gesteckt hatte, den Rheintöchtern zurückzugeben. Erst als sie an der Leiche Siegfrieds steht, dessen Tod sie selbst als Sühne für den an ihr begangenen Verrat ins Werk gesetzt hat, kehrt ihr das göttliche Wissen zurück, erkennt sie, daß sie durch unendliches Leid hindurch gehen muß, um die Gott und die Welt erlösende

Freitag, den 27. Hornung, (Februar), abends 20,30 Uhr, spricht

Pg. Dr. Albrecht, M. d. R., Schwerin, im Casino.

Eingesandt.

(Die Schriftleitung übernimmt nur die preßgesetzliche Verantwortung)

Bremische Belange unter Frankfurter Regie.

Seit Jahren war der Plakatanschlag in Bremen eine Quelle ungetrübter Freude. Die Einnahmen, die der Staat hierdurch erzielte, stellten eine stattliche Summe dar.

Jedoch die Gelder, die da so friedlich in die Staatskasse flossen, ließen den Kaufmann Prost aus Frankfurt a. M. nicht ruhig schlafen und er begann die Sache einzufädeln, und wie man sieht, auch mit Erfolg. Die Reklame-Angelegenheiten, die es hier betrifft, unterstehen der Polizeidirektion und insbesondere Herrn Oberregierungsrat Dr. Pott und auch Herr Staatsrat Dr. Müllershausen hätte event. ein Wörtlein mitzureden. Darum gründete man eine G. m. b. H. und man nahm den Pott und den Müllershausen mit in den Aufsichtsrat hinein.

Früher konnte in jahrelangen Kämpfen nicht erreicht werden, daß die Zahl der Littfaßsäulen auch nur auf den alten Stand gehalten wurde, heute erhöht die G. m. b. H. als erstes Lebenszeichen, nachdem die Herren Dr. Pott und Müllershausen im Aufsichtsrat sitzen, die Zahl der Littfaßsäulen um 60 Prozent. Und wie leichtes Arbeiten haben die Vertreter der neuen G. m. b. H. Letzthin konnte ein Herr bei einer Behörde nicht so recht erreichen, was er wollte, gleich lief er zu Müllershausen, dieser weckte an und sofort ging die Sache.

Abgesehen davon, daß wir die Verstaatlichung, dieses Monopols — zu dem übrigens nicht nur die Littfaßsäulen, sondern alle sich nur irgendwie ergebenden Reklamemöglichkeiten gehören — verwerfen; das Ungeheuerliche für uns Nationalsozialisten ist, daß man die staatlichen Stellen, welche das Reklamewesen beaufsichtigen sollten, zu Aufsichtsräten der G. m. b. H. macht.

Wenn man nun noch bedenkt, daß Bremen Teilhaber der G. m. b. H. ist, so begreift man, daß wir uns in Zukunft auf allerhand Reklamerummel gefaßt machen können. Die G. m. b. H. muß verdienen, sonst heißt es zuzahlen. So muß denn Bremen wohl oder übel die G. m. b. H., wo es nur eben möglich ist, fördern, na, — und für den Rest da sorgen dann die Herren Pott und Müllershausen.

Mit rheinischen Städten trieb man ein ähnliches Spiel. Auch da kamen Herren in den Aufsichtsrat, damit alles zur Zufriedenheit geregelt werde. Die Herren kriegen zwar keine Tantieme, dafür aber machten sie eine Studienreise durch Südamerika, um sich einmal Plakate anzusehen.

Auch in Bremen sind die Herren schon vom „Reisefieber" ergriffen. Dr. Pott fuhr zu einer Aufsichtsratssitzung nach Mainz, ausgerechnet am Rosenmontag und Faschingsdienstag fanden die „Sitzungen" statt. Am Mittwoch fuhr man dann nach getaner Arbeit mit dem Rheingolderpreß wieder heim. Der Mainzer, der da behauptete, er glaube kaum, daß jemals jemand am Rosenmontag und Faschingsdienstag im goldenen Mainz gearbeitet hätte, dürfte etwas übertreiben.

Aber es wäre doch sehr interessant, zu wissen, ob die Städte-Reklame-G. m. b. H. ein wirtschaftspolitisches Unternehmen ist u. kein kommunalwirtschaftliches.

Und eine andere Frage: Ist dieser Monopolvertrag nicht genau so zu bekämpfen, wie der sattsam bekannte Schenkervertrag?

Und wie ist es möglich, daß von dem Gelde der Steuerzahler bezahlte Beamte im Aufsichtsrat sitzen?

Und dann interessiert noch die Frage, ob es richtig ist, daß sämtliche Reklamemöglichkeiten auf öffentlichen Plätzen, an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen von dem Vertrag erfaßt werden.

Und als letztes die Frage: Wird der Inhalt des Vertrages tatsächlich noch immer geheim gehalten, und wird durch diesen Vertrag noch mehr monopolisiert, als man bisher der Oeffentlichkeit gegenüber eingestanden hat? Elga.

Gewerkschaften und Nationalsozialismus.

Aus unserem Leserkreis wurde uns die Nr. 13 der deutschen Werkmeisterzeitung zur Stellungnahme eingesandt. Aus blasser Angst vor der pfründenzerstörenden nationalsozialistischen Lawine, anbetracht der bevorstehenden Betriebsratswahlen, polemisiert in dieser Nummer ein marxistischer Gewerkschaftsbonze gegen die nationalsozialistische Volksbewegung. In kindischer Weise versucht dieser Herr Klempin aus Düsseldorf, die Leserschaft der Werkmeister-Zeitung mit dem schwarzen Mann (lies böse Nazis) zu schrecken. Wie meistens, sind diese Ergüsse untergeordneter Gewerkschaftsfunktionäre durch keinerlei Sachkenntnis getrübt. Der „Halbtscheche Hitler" (SPDist Naphtali, Rosenfeld, Lewi, Kohn u.a.m. sind natürlich Vollblutdeutsche), ist ein politischer Hochstapler und Scharlatan, der sein Programm aus allen möglichen Bewegungen, nicht zuletzt der marxistischen, zusammengestohlen hat. Der arme Mann kennt entweder nichts von der universellen Größe Hitlerscher Ideen, oder er hat beim Studium derselben derart über seine geistigen Verhältnisse gelebt, daß ihm bei seinem Schrieb alles durcheinander lief. Nach Kl. ist die NSDAP. die Schutzgarde des Kapitalismus. In der Reichstagsfraktion sind nur 6 Arbeiter und 7 Angestellte, dafür aber Offiziere der alten Armee in gewaltiger Anzahl, vom General bis zum Leutnant vertreten.

Zur Erwiderung, die Berufe der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten:

A Landwirte: 14.
B Handwerker und Gewerbetreibende: 14.
C Freie Berufe: 11.
D Landarbeiter: 2.
E Industriearbeiter und sonstige Handarbeiter: 13.
1. F. Triebel, Arbeiter, Gotha.
2. B. Stamer, Arbeiter, Altona.
3. P. Gemeinder, Hilfsarbeiter, Frankfurt M.
4. R. Schaller, Bauarbeiter, Köln.
5. J. Dietrich, Packer, München.
6. E. Holdinghausen, Oberschmelzmstr., Gröditz.
7. F. Weitzel, Schlosser, Frankfurt a. M.
8. W. Dreher, Schlosser, Ulm.
9. W. Schuhmann, Monteur, Berlin.
10. R. Schmeer, Elektromeister, Aachen.
11. E. Stürtz, Kraftwagenführer, Welpen Westf.
12. K. Korn, Musterzeichner, Eibenstock.
13. F. Pillmeyer, Graveur, Aue/Sachsen.

F Angestellte: 14.
G Lehrer: 15.
H Verwaltungsbeamte: 14.
J Offiziere: 6.
K Schriftsteller: 6.

Dann möchte uns Kl. als Betriebsgegner brandmarken, indem er von Wirtschaftsdemokratie und sonstigen, ihm scheinbar unbekannten Begriffen, schwätzt. Wir bemerken dazu, daß wir die Betriebsräte als vermittelnde Instanz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber grundsätzlich anerkennen, denselben aber keinerlei eigene Befugnisse zugestehen, welche den Produktionsvorgang des Werkes, sowie die Erwerbsmöglichkeiten der Belegschaft hindern könnten. Den Angriff auf unseren Pg. Feder begegnen wir wie folgt: „Wenn die Mehrheit entscheidet, dann ist der Einzelne, der seine Ansicht durchsetzen will, wenn er sie für die richtige hält, gezwungen, zu politisieren, anstatt sachlich zu arbeiten."

Das hat nicht etwa ein Nationalsozialist gesagt, sondern der russische Marxist „Bucharin" (siehe internationale Pressekonferenz Nr. 15 vom 22. 1. 26.". Den Marxismus versucht Kl. als Wirtschaftstheorie hinzustellen, die an sich sehr harmlos sei. Wir raten diesem Herrn, doch noch einmal seine Parteischule durchzumachen oder sich von uns belehren zu lassen. Der Marxismus ist ein politischer Machtkampf, mit dem Ziel, die Wirtschaft kollektivieren (Vergesellschaftung der Produktion und Produktionsmittel). Dieses geht klar aus dem Artikel 1, Materialien des Kommunistischen Manifestes" hervor. „Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats" (London 18. Dez. 1847. Karl Marx, F. Engels).

Die Lehre des Marxismus gipfelt in 4 Theorien. 1. Die Konzentrationstheorie. Nach dieser werden die Großbetriebe in Industrie, Handel, Bankwelt und Landwirtschaft über die Klein- und Mittelbetriebe liegen, deren Besitzer zum Hinabsinken ins Proletariat verurteilt sind. 2. Die Akkumulationstheorie, welche besagt, der Besitz müsse sich in immer weniger Händen anhäufen. 3. Die Verelendungstheorie, nach der die Lage der Handarbeiter im kapitalistischen Staate immer unsicherer wird. 4. Die Krisentheorie, die erklärt, daß unter der Herrschaft des Privateigentums, die Wirtschaftskrisen immer furchtbarere Formen annehmen werden. Dann folgert Marx weiter, daß der so auf die Spitze getriebene Kapitalismus sich einmal festrennen und überschlagen müßte, und es käme zur „Expropiation der Expropiateure", d. h. die Enteignung der Besitzenden durch die Besitzlosen, und die neue Gesellschaftsordnung wäre da.

Dieser spitzfindigen jüdischen Stubengelehrtheit, die nur verschiedene Scheinwahrheiten enthält, erklären wir den schärfsten Kampf. Die Geschichte ist nicht eine Reihe von Klassenkämpfen (im Klassenkampf sieht Herr Kl. das einzige Mittel zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer), sondern das Ergebnis von Rassen- und Volkskämpfen, von Auslese und gegen Auslese. Gewiß spielen Wirtschaftsvorgänge hierbei ebenso eine Rolle, wie politische und geopolitische Gegebenheiten. Aber letzten Endes entscheidet über Sein oder Nichtsein eines Volkes nicht die Wirtschaft, sondern die Politik. Ueberblickt man das marxistische System, so erkennt man schnell, daß hier vom Sozialismus einer sinnvoll geordneten Ständegemeinschaft, einem gerechten wuchshaften Volksgefühl, überhaupt nicht die Rede sein kann. Am Ende des Marxismus steht das Chaos, der Kampf Aller gegen Alle. Das Endziel unseres Kampfes ist der deutsche Volksstaat, der Staat der nationalen Ehre und der sozialen Gerechtigkeit, in dem jeder Staatsbürger Arbeit und Brot findet. In diesem Staat werden genau so gut Gewerkschaften vorhanden sein, wie in dem heutigen. Adolf Hitler sagt: „Solange es unter Arbeitgebern Menschen gibt mit geringem sozialen Verständnis oder gar mangelndem Rechts- und Billigkeitsgefühl, ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der von ihnen Angestellten, die einen großen Teil unseres Volkstums bilden, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber der Habsucht oder der Unvernunft eines Einzelnen zu schützen; dann die Erhaltung von Treu und Glauben in einem Volkskörper ist ein Interesse der Nation genau so wie die Gesundheit eines Volkes. In dem Kampf um dieses Ziel wird uns kein so albernes Geschreibsel wie das des Herrn Kl. aufhalten, sondern unbeirrt schreiten wir zur Tat — — zum Bau des dritten Reiches. Ri.

NS.-Gautag in Braunschweig.

Am Sonntag fand in Braunschweig der Gauparteitag Niedersachsen statt. Dieser Tag erhielt sein besonderes Gepräge durch die Anwesenheit unseres Führers Adolf Hitler. Am Sonnabend leitete ein imposanter Fackelzug den Gautag ein. In den größten Sälen fanden sodann Begrüßungsfeiern statt. Am Sonntag folgten dann einige Morgenfeiern und die Besichtigungen. Am Nachmittag traten dann Tausende S.A. und SS. Leute an zum Marsch durch die Stadt. Ueber eine Stunde dauerte der Vorbeimarsch vor dem Führer. Die planmäßigen Ueberfälle der Kommune und Bananen vermochten den gewaltigen Eindruck nicht zu verwischen. Nur noch kurze Zeit und ganz Niedersachsen wird zu einem nationalsoz. Bollwerk, an dem alles zerschellen wird.

Tat vollbringen zu können. Auf dem Scheiterhaufen vermählt sie sich zu unzertrennlichem Bunde mit dem, der, selbst betrogen, ihr die Treue brach und, sterbend hellsichtig geworden, ihr höchste Treue bewahrt:

„Brünhilde, heilige Braut!"

Dem Toten will der tückische Sohn des Nibelung (Hagen) den Ring entreißen, nachdem er den von ihm zum Mord an Siegfried verführten, charakterschwachen Gunther brutal erschlagen hat, weil er Gutruns Erbe gegen ihn verteidigen wollte. Siegfried aber erhebt drohend die Hand und schreckt den Niederträchtigen zurück: im Tode wirkt noch die göttliche Kraft weiter. Ehe Brünhilde den Scheiterhaufen besteigt, verkündet sie der staunenden Welt die große Tat, die vor ihren Augen geschehen soll: Des Rheines Töchtern gibt sie das Gold zurück, das, von unheiliger Hand geraubt, Göttern und Menschen zum Fluch geworden war. So erlöst sie Gott und die Welt und erfüllt den heiligen Willen Wotans, der nunmehr zu ewiger Ruhe eingeht:

Ruhe, ruhe, Du Gott!"

Der Flammenschein vom Brande Walhalls verkündet den Untergang der Götter mit all ihrer trügerischen Pracht, zugleich aber den herauf-dämmernden heilfrohen Zukunftsmorgen eines Reiches, das sich gründet auf reinster Liebe und göttlichem Geiste. (Siegfried und Brünhilde.)

So haben wir den Aufbau des gigantischen Werkes verfolgt von den Grundquadern stofflicher Urformen bis zur vollkommenen Vergeistigung des Stoffes auf dem Wege schicksalhafter und nach göttlichem Willen sich vollziehender Höherentwicklung als Sinn alles Seins. Unendlichen Dank aber schuldet das deutsche Volk dem Genius, der ihm mit dem Ring „das ewige Werk" geschenkt hat, das ein Spiegelbild der deutschen Seele darstellt.

Die Dichtung zu „Die Walküre" war am 1. Juli 1852 vollendet, die Partitur im Juni 1854 begonnen, im März 1856 vollendet; Mitte Dezember 1852 war die Dichtung „Der junge Siegfried" in der Umarbeitung vollendet, die Partitur zu dieser Dichtung, die jetzt den Namen Siegfried führt, am 5. Februar 1871 vollendet; 1853 war „Siegfrieds Tod" als Dichtung fertig gestellt, 1863 im Druck erschienen führt sie den Titel „Götterdämmerung"; die Partitur am 21. November 1874 vollendet. Die erste Aufführung des Ring des Nibelungen" fand in Bayreuth statt vom 13. bis 17. August 1876.

Vollendet das ewige Werk:
wie im Traum ich ihn trug,
wie mein Wille ihn wies,
stark und schön,
steht er zur Schau;
hehrer, herrlicher Bau!

So konnte auch der ausrufen, der der deutschen Meister Deutschester war und bleiben wird. Eilers.

Stadttheater.

Die Aufführung des „Ring des Nibelungen" im Stadttheater.

Das Rheingold.

Weihevolle Stimmung herrschte in dem vollbesetzten Hause von den ersten Akkorden in es-Dur bis zu den leuchtenden Klangwogen des Einzugs der Götter in Walhall, deren Bild in wuchtigem Aufriß malerisch der Vorstellung des Beschauers entgegenkam. Das Orchesters unter Karl Dammers straffer und hingebender Einfühlung in das Werk führte, klangschön in die Wunderwelt der Partitur ein, die an die einzelnen Sänger und Sängerinnen gewiß keine leichten Anforderungen stellt. Diese boten in ihren Gesamtleistungen Vorzügliches. Philipp Kraus gestaltete den Nachtalberich mit packender Wucht und Dämonie und schuf einen scharfen Kontrast zu dem Liebreiz und den melodischen Gesängen der Rheintöchter (Lena Held, Tilly Lüssen, Grete Pense). Letztere sang die Mahnung an Wotan besonders schön und eindrücklich. Theo Thement gestaltete seinen Wotan durch ausdrucksvolles Spiel und überlegene Stimmgebung zum Interpreten der Willenstragödie innerhalb des Gesamtdramas. Vornehm in Gesang und Gebärde wirkte Else Blume als Fricka, wuchtig und edel Andreas Böhm, der den Gewitterzauber charakteristisch wiedergab. Das Götterensemble vervollständigte in würdiger Weise Martin Niemann als Froh, Aenne Martin als Freia und der Gast des Abends, Herr Graal aus Hamburg, als Loge. Mit seiner vorzüglichen Stimme und geschmeidigen Darstellung brachte er das Mephistophelische im Wesen dieses Gottes vorzüglich zum Ausdruck. Willi Birkenfelds Mime ist eine anerkannt gute Leistung, die, fein herausgearbeitet, das Hündische und Tückische dieses Zwergen offenbart. Das Riesenpaar Fasalt und Fafner hatte in Willi Kasper und Fritz Schweinsberg stimmlich und darstellerisch gute Vertreter gefunden. So verlief der Vorabend würdig und endete mit reichem Beifall für alle Mitwirkenden. Eilers.

Die Walküre.

Wer diese Aufführung erlebte, konnte sich wohl kaum des Eindrucks erwehren, daß sie dem Vorabend gegenüber manche Steigerung aufwies, eine Erscheinung, die schon in der Natur des Werkes begründet liegt. Denn das Schicksal des blühenden Wälsungenpaares, das in seiner eigenen Fessel gefangenen Gottes und seines herrlichen Kindes greift an das Herz jedes denkenden und fühlenden Menschen und löst unter dem Eindruck der gewaltigen Klangwogen oft genug atemlose Spannung aus. Gertrud Roller bot in der Titelrolle eine herrliche Leistung. Ihre Todesverkündigung und die Szenen mit Wotan, in denen sie das echte, mutige und opferbereite Wotanskind überzeugend zur Darstellung brachte, hinterließen in Gesang und Spiel tiefe Eindrücke. Theo Thement brachte die schweren seelischen Kämpfe des an sich selbstzweifelnden Gottes sowie die Resignation des von seinem liebsten Kinde sich lösenden Vaters mit überlegener Darstellungskunst zum Ausdruck und rang auch erfolgreich die stimmliche Indisposition nieder. Der Ehe heilige Hüterin verkörperte Grete Pense stimmlich ausgezeichnet und überaus lebensrecht durch die Darstellung des Konflikts in der Seele der beleidigten Göttin. Die Walkürenszene trug mit den Gesängen der Wunschmädchen nicht wenig zur Erfassung des gewitterschwangeren Naturmythus bei und erinnerte an die düsterschwüle Stimmung in der Hütte Hundings, wo Gewiternähe und menschliches Leid Gefühle der Bangig-

Bremen und Umgegend.

3 Veranstaltungen der Ortsgruppe Borgfeld.

Am Sonntag, den 15. Februar, veranstaltete die Ortsgruppe Borgfeld einen Deutschen Abend beim Pg. Gastwirt Siedenburg in Niederblockland. Die nationalsozialistische Musikabteilung unter Leitung des Pg. Stüllen verschönte den Abend durch eine wirklich hervorragende, gute deutsche Musik. Sie brachte außer den alten deutschen Armeemärschen Werke unserer besten deutschen Komponisten zu Gehör. Pg. Teich-Hannover packte mit seiner von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Ansprache die Besucher derartig, daß zahlreiche Neuaufnahmen den äußerlichen Erfolg des Abends darstellten.

Am Montag abend sprach Pg. Teich dann im Borgfelder Ratsspieker. Die Versammlung war für unsere Verhältnisse gut besucht. Auch hier hat der Redner der Weiterentwicklung unserer Ortsgruppe wirksam gedient.

Die letzte Veranstaltung fand am Dienstag abend im Ratskaffee in Oberneuland statt. Unser Pg. Teich sprach vor vollem Saale über die brennenden Tagesfragen der Gegenwart. Er legte ausführlich die Gründe der Arbeitslosigkeit, der Bauernnot und der ganzen wirtschaftlichen Depression dar und forderte die Versammlung auf, nun, da der Kampf um die Entscheidung in die letzte Phase eingetreten sei, zusammenzustehen, um wieder ein großes, freies Deutschland zu erringen. Zur Diskussion sprach zum ersten Mal in unserem Landgebiet ein Kommunist, der in durchaus ruhiger und sachlicher Weise seine Anschauungen darlegte. Pg. Teich bewies ihm in seinem Schlußwort die Unrichtigkeit seiner Theorien und reicher Beifall zeigte unserem Redner, daß er die volle Zustimmung der Versammlung fand. Viele Neuaufnahmen und Zeitungsbestellungen konnte die Ortsgruppe Borgfeld als Erfolg buchen. Mit einem Heil auf unseren Führer Adolf Hitler und das kommende dritte Reich und dem Gesang des Horst Wessel-Liedes wurde die Versammlung geschlossen. M.

Aus der Ortsgruppe Achim i. Hann.

Die Ortsgruppe Achim der NSDAP. veranstaltete in der vorigen Woche drei Versammlungen; Donnerstag in Bassen, Freitag in Achim und Sonnabend in Oyten.

In Bassen und Oyten sprach Pg. Teich, der es verstand, durch sein umfangreiches Wissen und glänzendes Redetalent die in politischen Dingen etwas schwerfällige Bevölkerung dieser Ortschaften wachzurütteln. Ein zu wiederholender Vorstoß in diesen Ortschaften wird hoffentlich dazu führen, auch hier eine Kämpferschar zu gewinnen. — Guter Verkauf von nationalsozialistischen Schriften und ein stattlicher Kampfschatz waren die äußeren Erfolge dieser Versammlungen. In Oyten übten Zivilparteigenossen den Saalschutz aus, da die S.A. anderweitig Dienst tat. Ein kommunistischer Diskussionsredner wurde leicht abgefertigt.

Zu der Versammlung in Achim war Pg. M. d. R. Jenke-Breslau als Redner gewonnen worden. Pg. Jenke ist ein alter Soldat aus der Vorkriegszeit und Frontkämpfer. Redner zeichnete im Verlaufe seines Vortrages ein treffendes Bild von dem Schlemmerleben und der Faulenzerei im Reichstage. Seine von tiefer Vaterlandsliebe zeugenden Ausführungen wurden durch starken Beifall und einen reichlichen Kampfschatz belohnt.

Werbt in allen Versammlungen für die **„Bremer Nationalsozialistische Zeitung".**

Das Volk im Dreck — die Bonzen im Speck.

Folgende „Proletarier", der SPD. angehörend (in Hamburg) beziehen an Gehältern:

1. Bürgermeister Roß 30 000 Mk. und 20 000 Mk. Aufwandsentschädigungen,

2. Senator Schönfelder 30 000 Mk., 3. Senator Neumann 30 000 Mark, 4. Senator Eisenbarth 30 Tausend Mark ;5. Senator Krause 30 000 Mark; 6. Senator Stubbe 30 000 Mark, 7. Senator Ehrenteit 15000 Mk. und Gewerkschaftsgehalt.; 8. Senator Perner 15 000 Mark und 15 000 Mark Redakteurgehalt; 9. Dr. Adams, Geschäftsführer der Beleihungskasse und Direktor der Volkshochschule 15 000 Mark; und 15 000 Mark Aufwandsentschädigungen; 10. Präsident Leuteritz 12 000 Mark, 11. Polizeioberst Friedrichs 15 000 Mark, 12. Dr. Knack, Direktor des Barmbecker Krankenhauses 15 000 Mark, neben ärztlicher Privatpraxis, 13. Korell, Direktor vom Arbeitsamt 15 000 Mark, 14. Schumann, Direktor der Gaswerke 50 000 Mark, nebst Tantiemen; 15. Schult, Oberschulrat 15 000 Mark, 16. Zelck, Schulrat 11 500 Mark, 17. Greth, Oberverwaltungsdirektor 15 000 Mark, 18. Schulz, Polizeimajor 11 000 Mark, 19. Grapenbrede, Verwaltungsdirektor 12 000 Mark, 20. Georges, Polizeimajor 11 000 Mark; 21. Hellmann, Direktor 15 000 Mark., 22. Boehden, Polizei-Schuldirektor 12 000 Mk., 23. Danner, Polizeioberst 18 500 Mark, 24. Wiesner, Bürgermeister in Bergedorf 20 000 Mark.

Das macht zusammen im Jahre für nur 24 Genossen . . . . . 473 000 Mk.

An weiteren Genossen-Gehältern beziehen:

1. Thüringischer Minister a. D. August Fröhlich . . . . . 17 000.—
Landtagsdiäten . . . . . 6 000.—
Reichstagsdiäten . . . . . 9 000.—
Zusammen . . . . . Mark 32 000.—

2. Thiere, Direktor des Konsum-Vereins Altenburg, ½ % vom Umsatz von 6 Millionen . . . . . 30 000.—

3. Schuhmacher,
Oberbürgermeister, Altenburg, . . . 17 000.—

4. Hirsche,
Bürgermeister (Juri), Altenburg . . 12 000.—

Also so bekämpft die SPD.-Führung das Kapital und steckt es in die eigene Tasche!

Ist da der Klassenkampf nicht wirklich rentabel??? Genosse! — Ist es Dir bekannt, daß:

1. dem Genossen Zörgiebel seine Villa 125 000.—
2. dem Genossen Grzesinski seine Villa 40 000.—
3. dem Genossen Crispien sein Landhaus 27 000.—

Mark kostet und dem Genossen Daniel Stücklen seine Villa nur „22" (zweiundzwanzig) Zimmer haben soll???

Merkst Du nun — arbeitsloser Genosse! — daß nur Deine Stimme Deine Bonzen zu solchen Kapitalisten macht?? —

Genosse weißt Du, was bei Deinen Bonzen der Klassenkampf einbringt??? — Hierüber hast Du Dir noch keine Kopfschmerzen gemacht!! Du und Deine Bonzen greifen stets das Kapital an!! — Deine Bonzen aber sind stets Kapitalisten!! — Wer es noch nicht ist, der wird es noch, durch Deine sauer verdienten, und der Partei oder Gewerkschaft hingeopferten Groschen!! —

Deine Bonzin — Genosse: die Jüdin Toni Sender, M. d. R., hat sich in einem ersten Pelzgeschäft in Dresden einen Pelz für nur: — erstaune mal! — 2000.— Reichsmark

gekauft, welchen sie lächelnd bezahlte!! Nun dürfte diese Genossin im Reichstag ihren kostbaren Pelz wohl ablegen, wenn sie die große Rede über die Not des deutschen Volkes hält, denn sonst kann man an eine Not doch wohl nicht gut glauben!!!

Deutscher Arbeiter, fällt Dir noch nicht die Binde von den Augen!!??

Was die Marxisten verdarben — macht die NSDAP wieder gut.

Zu Braunschweig wird gespart.

Braunschweig. Anläßlich der gestrigen Landtagssitzung gab der deutschnationale Finanz- und Justizminister Küchenthal einen Ueberblick über die Finanzlage des Landes, die wegen der Tributpolitik des Reiches nicht allzu rosig ist. Der Minister betonte den ernsten Willen der Verwaltung an der richtigen Stelle zu sparen, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

Rühmend wurde hervorgehoben, daß beim Etat des nationalsozialistischen Volksbildungsministers Dr. Franzen 683000 Mark eingespart worden seien.

Die Verwaltung dieses Ressorts sei unter der Herrschaft der Linken unheilvoll aufgebläht gewesen. Unter anderem war ein übler Mißbrauch mit der Veranstaltung von „Dienstreisen" eingerissen, die oft in Vergnügungstouren ausarteten. Dienstreisen dürfen jetzt nur noch mit Genehmigung des zuständigen Ministers vorgenommen werden.

Sie verteidigen die Republik.

Pg. Röver sprach am 11. Februar in Cuxhaven. Nach Versammlungsbeschluß rempelten SPD.-Leute unsere S. A.-Leute an, die für den Kampfschatz der S. A. sammelten. Es kam zu einem Handgemenge, wobei Stühle und Tische als Waffen verwendet wurden. Dem S. A. Mann Klaus wurde der Oberkiefer eingeschlagen und ein anderer S. A.-Mann aus Cuxhaven trug eine Kopfverletzung davon. Die SPD. flüchtete durch die Fenster. Bei Erscheinen der Polizei war die Angelegenheit erledigt.

Leichtsinnige Anzeigen.

Kleine Anfrage des Abg. Kube.

Der Oberlandjäger Baier aus Glashütte erstattete vor einiger Zeit gegen den Viehhändler Ernst Messerschmidt eine Anzeige wegen Gewerbevergehens. Oberlandjäger Baier wußte genau, daß ein Gewerbevergehen nicht vorlag. Infolgedessen wurde Messerschmidt im Termin freigesprochen; die Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Ich frage:

Ist das Staatsministerium bereit, gegen den schuldigen Oberlandjäger Baier vorzugehen und ihn für die der Staatskasse, wie dem Angeschuldigten erwachsenen Kosten persönlich haftbar zu machen?

Gegen die hohen Gehälter bei der Youngeisenbahn.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 27. Januar 1931 wurde die folgende Entschließung des nationalsoz. Abgeordneten Reinhardt angenommen:

„die Reichsregierung zu ersuchen, die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu veranlassen, die hohen Gehälter des Generaldirektors, der Direktoren und der oberen Verwaltungsbeamten den Gehältern von Reichsbeamten, die gleichzubewertende Posten im Reichsdienst bekleiden, anzupassen und auch die Entschädigung der Verwaltungsratsmitglieder entsprechend herabzusetzen".

---

keit und des Grauens auslösen. Zu dieser Wirkung verhilft nicht zuletzt das finster Dämonische im Wesen Hundings, den Fritz Schweinsberg in Stimme und Haltung gleich vorzüglich gestaltete. Wie licht und sonnig wirkte dagegen das Wälsungenpaar, das in Elsa Kment und dem Gast des Abends, Reiner Minten, zwei Vertreter gefunden hatte, die durch ihre Gesamtleistungen ein Erleben höchsten Menschenglückes und tiefsten Erdenleides durch Gesang und Darstellung im Zuhörer reinste Freude am Kunstwerk an sich hervorriefen. Der jubelnde Beifall am Schluß des Abends für die hervorragenden Leistungen aller wollte kein Ende nehmen. Man darf erwartungsvoll dem Siegfried des Gastes entgegensehen. Eilers.

Der Herr mit dem Fragezeichen!
von Alfred Möller und Hans Lorenz.

Dies Stück (mit dem Fragezeichen!) will nichts weiter als auf eine leichte Art unterhalten. Gut! Aber man ist von dieser Unterhaltung, soweit sie von der Idee des Stückes ausgeht, nicht befriedigt. Es berührt allerdings sympathisch, wenn ein verwöhnter junger Herr, der infolge des finanziellen Zusammenbruchs seines Vaters plötzlich ohne Geld dasitzt, sich nicht scheut, irgendeinen Beruf zu ergreifen, um damit sich und seine junge Frau durchzubringen. Daß er dabei gerade auf die Idee verfällt, als Masseur in schwarzer Maske sich bei der Pariser Damenwelt „begehrenswert" zu machen, ist nicht seine Schuld, sondern die der beiden Verfasser des Stückes, die sich dadurch die Gelegenheit schufen, möglichst behaglich im Fahrwasser einer abgeschmackten Erotik dahinschwimmen und mit allerhand eindeutigen Zweideutigkeiten dem Ganzen die (in Bezug auf das Geschäft!) nötige „Würze" geben zu können. Natürlich rehabilitieren sich die Verfasser am Schluß durch eine harmlose Lösung dieser pikanten Angelegenheit, die der „allgemeinen Moral" wieder die Ehre gibt. Das ist die Art aller dieser neuartigen Unterhaltungsstücke, von denen wir sowohl im Film wie auf dem Theater nachgerade genug haben. Es ist höchste Zeit, daß auch das auf bloße Unterhaltung abgestimmte Lustspiel wieder jenen sauberen Geist bekommt, der auf seine Weise mit an der so notwendigen kulturellen Gesundung unseres Volkes beitragen kann.

Man wurde einigermaßen entschädigt durch das frische, lebendige, von Adolf Rampelmann geleitete Spiel der Darsteller, die aus den einzelnen Situationen das beste herauszuholen versuchten. Reinhold Nietschmann spielte den „fragwürdigen Herrn" beweglich und natürlich, neben ihm hätte Trude Borchard als dessen launisch hysterische Gattin durch eine etwas weniger manierte Auffassung ihrer Rolle glücklicher wirken können. Hans Gerlach gab einen Herzog mit kultivierten Lebemannsallüren, Heinrich Kastner einen patenten Freund, Maria Wert (als Gast) die überlegen und resolut handelnde Freundin, die ihre Ehe mit einem trotteligen Mann, von Walter Thomas humorvoll dargestellt, nicht allzu ernst nahm. Ausgezeichnet in Maske und Sprechweise war Karl Rheders Amerikaner. Endlich seien ebenfalls die guten Leistungen Hans Parges (als patriotisch pathetischer Detektiv) und Lotte Uhligs (als anmutige Kammerzofe) genannt.

Rossini: Der Barbier von Sevilla.

Der „Barbier", eine der besten Buffoopern italienischer Meister, präsentierte sich szenisch und textlich in einem neuen Gewande. Die Secco-Rezitative sind von Kapellmeister Adler neu bearbeitet worden. Neben den Plattheiten, welche der übrige Text leider für unser Gefühl immer noch enthält, hoben sich die Rezitative nunmehr wohltuend ab. Es wäre nur zu wünschen, wenn man überhaupt daran ginge, den ganzen Text von Grund auf einer Revision zu unterziehen. Manches würde für den modernen Menschen dann erträglicher. Die Musik dieser alten und doch ewig jungen Oper ist allerdings so entzückend schön, daß man über sie den Text ganz vergißt, besonders, wenn die Aufführung unter einem so glücklichen Sterne steht, wie es am vergangenen Freitag der Fall war.

Sinaida Lisitschkina's glockenheller Sopran überwand spielend alle Schwierigkeiten der Partitur. Der Partner dieser liebenswürdigen Rosine, Graf Amalvi-va, fand in Martin Niemann keine sympathische Verkörperung. Die Dongebung, namentlich in der Höhe, muß freier werden und die Stimme sich von der ihr noch anhaftenden „Erdenschwere" lösen. Gute Ansätze lassen erwarten, daß die Zukunft eine Beseitigung dieser Mängel bringt. Der mit allen Hunden gehetzte Barbier fand in Heinrich Perch einen ausgezeichneten Darsteller. Bleiben zu nennen die beiden Vertreter der „Grundgewalt des Basses", Willy Kasper als Doktor Bartolo und Fritz Schweinsberg als Basilio, die beide dem „buffonen" Stile des Werkes nichts schuldig blieben, ohne dabei in Uebertreibungen zu verfallen. Als Marzelline fügten sich Else Blume und als Fiorillo Willy Birkenfeld dem Ensemble glücklich ein. Der Chor der Stadtsoldaten machte seine Sache recht ordentlich.

Für die gut gelungene Inszenierung, die in jeder Hinsicht befriedigte, zeichnete der Intendant Dr. Becker verantwortlich.

Es wäre im übrigen dringend zu wünschen, wenn die maßgebenden Stellen trotz der sicherlich erforderlichen Sparsamkeit diese nicht an durchaus falscher Stelle zur Anwendung brächten und einer Oper von der Bedeutung des „Barbier von Sevilla" diejenige Orchester (insbesondere Streicher)-Besetzung zukommen ließen, die ihr gebührt. Mit Rücksicht auf die Anstrengungen der vorhergehenden Tage war anzuerkennen, was das Orchester leistete. Dr. Hs.

„Kunst für das Leben".

Bremen, 23. Febr. Die Ausstellung „Kunst für das Leben", in der bremische Künstler in der Kunsthalle Arbeiten der sogenannten angewandten Kunst zeigen, sollte jeder besuchen, der solche Arbeiten zu vergeben hat. Die hier ausgestellten Arbeiten zeigen nachdrücklichst, daß bremische Künstler wohl in der Lage sind, solche Aufträge zur Zufriedenheit der Auftraggeber zu erledigen. Wenn man weiß, wie schwer Bremens Künstler um ihre Existenz ringen, muß man sich wundern, daß den Qualitätsarbeiten bisher so wenig Beachtung und Anerkennung gewokden ist.

„Einer ist des andern Teufel".

Die Korruption im KPD.-Lager. — Allerlei Enthüllungen.

Der „Angriff" schreibt:

Man sollte meinen, die KPD. hätte die notorielle Beglaubigung ihres Endsieges bereits in der Tasche; so siegesbewußt treten ihre Wortführer in Versammlungen auf, so bombastisch lärmen ihre Zeitungen. Die Wirklichkeit hat ein anderes Gesicht.

Kurz vor unserem letzten Verbot brachten wir die Nachricht vom Zusammenbruch des Halleschen Konsumvereins, der unter ausschließlich kommunistischer Führung stand. Der Krach um „Das rote Privatmagazin" und die wütende Enttäuschung der hereingefallenen Mitglieder veranlaßte die KPD.-Leitung im Karl-Liebknecht-Hause, ihren Abgeordneten Koenen mit weitgehenden Vollmachten zu entsenden, der über die Schuldigen des Gaues Halle-Merseburg zu Gericht saß. Er hat bei dieser Gelegenheit das katastrophale Versagen der Partei in zahlreichen Fällen und ihren ständig sinkenden Einfluß zugeben müssen — aber natürlich ändert sich damit so gut wie nichts.

Jetzt ist der Brief eines hohen KPD.-Funktionärs bekannt geworden, der diese „Arbeiterpartei" so gründlich beleuchtet, daß jedes Wort des Kommentars restlos überflüssig ist. Wir lassen dieses Schreiben für sich selbst sprechen:

„. . . Nirgends zeigt sich sowohl Speichelleckerei und Heuchelei sowie Unehrlichkeit und widerliches Spekulanten und Strebertum wie bei der kommunistischen Parteibürokratie. Einer ist des anderen Teufel. Jeder sucht den andern im Phrasen- und Wortschwall zu übertrumpfen, um dem Zentralkomitee damit zu zeigen, daß er der Tüchtigere sei. Ob der Betreffende irgendwelche Befähigung oder Kenntnisse besitzt, ist Nebensache. Die Hauptsache ist eine große Schnauze und die hündische Ergebenheit gegenüber den Oberbonzen im ZK. Daraus ergibt sich der starke Rückgang der Partei sowie ihres Einflusses in der Arbeiterschaft. Vor etwa zehn Jahren, nach der USPD.-Spaltung (Sommer 1920 in Halle. D. Schr.), zählte die KPD. im Bezirk Halle-Merseburg weit über 60 000 Mitglieder. Seitdem hat die KPD. 80 bis 85 Prozent ihrer Mitglieder verloren und zählt gegenwärtig noch 10 000 Mitglieder.

Ein Kapitel, das auch ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte Arbeiterpartei wirft, ist das der Unterschlagungen. Niemals und nirgends wird wohl soviel unterschlagen als in der KPD. Das hat selbst ein kommunistischer „Finanzminister" zugegeben. Ist es da ein Wunder, wenn ein kommunistischer Bezirkssekretär, der nicht nur im Bezirk Halle, sondern auch anderwärts die Verhältnisse genau kennen lernte, das Wort prägte: „Die KPD. ist ein einziger Misthaufen!" — ? Einen ähnlichen Rückgang hat die kommunistische Presse erfahren. Ihre Auflage ist ebenfalls stark zurückgegangen. So geht es mit der KPD. unaufhaltsam abwärts, und trotzdem schreibt ihre Presse: „Wir marschieren!" Jawohl, aber nicht vorwärts, sondern rückwärts . . ."

Wirtschaftsparteiortsgruppe sperrt Parteigelder.

Berlin. Die Ortsgruppe Nowawes (bei Potsdam) der Wirtschaftspartei hat nach dem Vortrag des Provinziallandtagsabgeordneten Roth den Beschluß gefaßt, der Zentrale der Wirtschaftspartei in Berlin die Parteigelder nicht mehr zu übermitteln, da die Verhältnisse in der Parteileitung zur Zeit höchst unsicher seien. Die sonst abzuliefernden Beträge werden vorläufig einer Nowaweserbank übergeben und erst dann ausgezahlt, wenn die Verhältnisse sich wieder geklärt haben.

Rote Justiz!

100 verschiedene Empfehlungen für Barmat.

Grenzstation Bentheim. Das berüchtigte „große Loch im Westen", durch das deutscher Besitz ins Ausland verschoben wurde. Auch diese für Barmat gefährliche Stelle hat er zu seinem größtmöglichsten Nutzen mit Hilfe der Genossen Heilmann und Richter, Polizeipräsidenten von Berlin, ausgenutzt, durch Bestechung des Oberzollinspektors Stachel, des „Königs von Bentheim".

Grenzstation Bentheim. Man versetze sich in die Zeit der Inflation zurück, als der Ausverkauf Deutschlands einsetzte und die Verschiebung von Vermögenswerten in das Ausland das einträglichste Geschäft wurde, als das Kapitalfluchtgesetz wirksam werden sollte, als Devisenkommissare im Inland und Grenzzollbeamte an der Grenze darüber wachen sollten, daß Deutschland nicht ganz ausgeplündert wurde. Auf dem Wege von Berlin nach Amsterdam, wo Barmat seinen Wohnsitz beibehielt, lag die Grenzstation Bentheim, er reiste im Monat drei- bis viermal hin und zurück. Ueber diese Reisen unterrichtet ein Bericht in der Presse aus dem letzten Stadium des Barmatprozesses, der mit photographischer Treue erkennen läßt, zu welchen Beziehungen im damaligen Preußen-Deutschland Geldgeber von Format es bringen konnten:

„Die Beziehungen zwischen dem Wächter des „großen Loches im Westen" und dem Betrüger Barmat haben zugestanden vom Jahre 1921 bis zum Sommer 1924 bestanden, bis zur Versetzung Stachels von Bentheim nach Berlin., vielleicht durch Einfluß Barmats und Heilmanns, denn nach der Stabilisierung der Währung lohnte es sich für Barmat nicht mehr, die Grenze unbehelligt zu passieren. Stachels Versetzung nach Berlin sollte daher wohl alle Gegenleistungen Barmats für die an der Grenze empfangenen Begünstigungen abschließen."

Die „prominenten" Sozialdemokraten Heilmann und Richter im Schlafwagen.

Landgerichtsdirektor Dr. Neumann: „Wie lernten Sie Barmat kennen?"

Stachel: „Zu den Reisenden, die wegen Alters oder ihrer Krankheit Erleichterung bei der Zollrevision suchten, gehörte auch ein Herr, der sich Barmat nannte, der seinen Paß und drei andere Pässe vorzeigte und auf Grund dieser Legitimation für die Inhaber der Pässe die bevorzugte Abfertigung verlangte".

Landgerichtsdirektor Dr. Neumann: „Wer waren diese Herren?"

Stachel: „Der Abgeordnete Heilmann mit Frau und der Berliner Polizeipräsident. Barmat sagte: „Die Herren liegen im Schlafwagen und wollen nicht aufstehen". Da die beanspruchte bevorzugte Zollbehandlung nur Diplomaten zustand, verlangte ich die sogenannte Grenzempfehlung, die das Reichsfinanzministerium und das Auswärtige Amt in besonderen äFllen ausstellten. Darauf haben die Herren den Schlafwagen verlassen und es hat eine Auseinandersetzung gegeben. Präsident Richter sagte: ich konnte sie mir leicht besorgen, glauben Sie das? Jetzt habe ich die verlangte Empfehlung zwar nicht, deshalb können Sie mich doch bevorzugt behandeln! Das sah ich auch ein und tat es. Aber der deutsche Generalkonsul in Amsterdam und der deutsche Konsul in Rotterdam sind nie bevorzugt behandelt worden. Als die Herren später zurückreisten, habe ich an sie nur noch die formellen Fragen gerichtet: haben Sie etwas zu verzollen? Nein! dann ist's gut".

So Stachel vor Gericht und man begreift, daß der in Begleitung so prominenter Genossen reisende Barmat dem Beamten Stachel gewaltig imponiert hat. Was diese Reisenden für sich beanspruchten und durchsetzten, gestattete damals keine deutsche Reichsbehörde reisenden Diplomaten.

Der Schatten des Preußischen Ministerpräsidenten.

Stachel: „Nach der Zollpraxis wurden Ausländer von „unzweifelhaft besserer Lebensführung" von der körperlichen Revision befreit. Zu solchen Personen zählte ich auch Barmat. Die reisenden Diplomaten mußten ihr großes Gepäck auch in die Zollhalle bringen lassen, nur diplomatische Kuriere reisten ohne Revision. Barmat hatte aber großes Gepäck, nur einmal, als er mit Familie reiste, aber damals war das ganze Gepäck bereits von der Polizei in Berlin „beklebt" und es sollte in Bentheim nicht mehr nachkontrolliert werden".

Landgerichtsrat Dr. Unger: „Die Barmat gewährten Erleichterungen gewährten Sie aber auch seinen Bekannten".

Stachel: „Wenn Barmat prominenter Ausländer war, mußte es doch seine Frau auch sein."

Landgerichtsrat Dr. Rosemann (ironisch): „Sie übten in Bentheim praktisch mehr Recht aus, als das Reichsfinanzministerium und das Auswärtige Amt mit ihren Grenzempfehlungen den Reisenden im korrekten Dienstverkehr verschaffen konnten?"

Stachel (eifrig): „Ja, denn ich konnte die Bestimmungen so lang dehnen als ich wollte".

Landgerichtsdirektor Dr. Neumann: „Wehhalb legten Sie dem großen Ausländer Barmat nicht nahe, sich eine Grenzempfehlung zu beschaffen, was ihm wahrscheinlich leicht gewesen wäre und Ihre Verantwortung gemindert hätte?"

Stachel (sehr bestimmt und sicher): „Barmat hatte Grenzempfehlungen, wenn auch keine vollgültigen, aber wenn der Preußische Ministerpräsident mir einen Reisenden empfiehlt, was brauche ich dann —"

Landgerichtsrat Dr. Rosemann (einfallend): „Sie führen den Preußischen Ministerpräsidenten an".

Stachel (schnell): „Es sind 100 verschiedene Empfehlungen für Barmat in meinen Händen gewesen."

Landgerichtsdirektor Dr. Neumann: „Haben Sie auch eine Empfehlung des Preußischen Ministerpräsidenten gesehen?"

Stachel (schweigt, besinnt sich, empfindet, daß er geplaudert hat und sagt): „Nein, aber die Freistaaten Hessen und Sachsen haben Barmat zur bevorzugten Abfertigung empfohlen".

Stachel hat alle seine Aussagen so bestimmt gemacht, und keine widerrufen oder modifiziert, nur diese Aussage über die Empfehlungsschreiben des Preußischen Ministerpräsidenten für Barmat an die Grenzüberwachungsstelle hat er — abgeschwächt und auch das erst nach mehreren richterlichen Rückfragen. Es bleibt die Frage offen: wie kommt Stachel überhaupt dazu, wenn er schon hohe Amtspersonen nennt, solche aus dem Bannkreis Barmats zu nennen? Weshalb den Preußischen Ministerpräsidenten?

Die Uebung, Empfehlungen für reisende Freunde auszustellen, hat Barmat bald selbst übernommen. Am 29. Mai 1923 schrieb er persönlich an Stachel nach Bentheim und teilte ihm die Durchreise des Dr. Troelstra mit Frau und des Herrn Steenhuis mit: „Dr. Troelstra ist der führende Sozialdemokrat Hollands und Steenhuis der Vorsitzende der holländischen Gewerkschaften, bitte, nicht aussteigen, sondern im Zuge sitzen lassen".

Stachel als Angeklagter vor Gericht: „Jawohl, das stimmt, die Herren zeigten außerdem eine Visitenkarte des damaligen Innenministers Severing als empfehlenden Ausweis vor".

Wels, Bauer, Heilmann, Richter, die Barmat-Stipendiaten

In der dritten Woche des Barmat-Prozesses wurde folgendes berichtet:

Berlin, 25. Januar 1927.

Was bisher fortgesetzt in der Presse und vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen bestritten wurde, scheint man durch Feststellung vor Gericht näher zu kommen. In der heutigen Nachmittagsverhandlung im Barmat-Prozeß wurde die Frage strittig, ob der Staatsfinanzrat a. D. Dr. Rühe von Barmat im Dezember 1924 für 173 Mark Zigarren bekommen habe. Da Barmat und Rühe leugneten, mußten die Bücher der „Amexima" herbeigeschafft werden und der beisitzende Richter, Landgerichtsrat Rosemann, las aus dem Effektenkonto die Namen Wels, Bauer, Heilmann und Richter als Empfänger, in der Nachbarschaft stehen Rühe, und aus dem Unkostenkonto die Eintragungen an Ernst H. (Heilmann) und Br. (Bauer) vor. Ebenfalls fand der Sachverständige Professor Leitner in einem anderen Unkostenkonto dieselben Eintragungen Ernst H. (Heitmann) und Br. (Bauer). Die in Ausgabe gestellten Effekten und Summen sind zwar nicht genannt worden, das ist aber nebensächlich gegenüber der großen politischen Tragweite der Feststellung, da, wie eingangs erwähnt, die genannten Politiker den Empfang von Vergünstigungen von Barmat unter Eid stets bestritten haben".

Diese „Entgleisung" der Richter wurde amtlich gerügt; zur Kontrolle der politischen Prozeßführung erschien zur nächsten Verhandlung der Justizreferent der Sozialdemokratie im Preußischen Landtage, Genosse Kuttner, im Gerichtssitzungssaal.

In das Schieber- und Schmiergelder-Milieu, in den politischen Dunstkreis um Barmat, in das Nest des gemästeten Rattenkönigs, weist ein Bericht über einen Verhandlungstag Anfang März 1927, der hier folgen muß:

„Das Gericht muß, da Barmat kein Vermögen von Holland nach Deutschland gebracht und seine Existenz nur auf deutsche Kredite aufgebaut hat, sich auch mit dem persönlichen Luxus der Barmats befassen, denn das von ihnen verwirtschaftete Geld sind Erträgnisse der Steuerschraube gewesen.

Die Summe der Privatentnahmen der Barmats mats hat im Jahre 1924 die ungeheure Ziffer von 1 778 985 Mark erreicht; außerdem sind noch in diesem Jahre 2,5 Millionen Mark ins Ausland abgeflossen. So steht es in den Büchern der Amexima.

Herschel Barmat hat vom Dezember 1923 bis April 1924 mit Familie und Dienerschaft im Hotel Bristol gewohnt. Kosten: 30 000 Mark. Dann hat er am 16. Juni 1924 die Zwölfzimmerwohnung am Kurfürstendamm bezogen, zu deren Einrichtung ihm 50 000 Mark zur Verfügung gestellt worden sind. Monatliche Miete „nur" 400 Mark. Alles auf Staatskredite.

Herschels Privatkonto schließt für das Jahr 1924 mit 99 755 Mark.

Wie ruhig können die vielen Genossen heute noch in hohen politischen Stellungen deswegen schlafen, weil das erkennende Gericht dem Prozeß jeden politischen Beigeschmack zu nehmen sich bemüht. Nur so nebenbei fallen Namen und Summen, die politisches Interesse haben: Dr. Gradnauer, Dr. Weismann und andere. Also Kostgänger Barmats und verzeichnet nach Zeit und — Darlehen im Unkostenkonto Barmats.

Darlehen an W. R. (gemeint ist der Polizeipräsident W. Richter.).

Darlehen an Dr. Höfle,

Darlehen an die Sozialdemokratische Partei (65000 Mark).

Die hierzu gehörenden Summen sind hoch, aber sie gehen meist dem Zuhörer verloren, denn das Gericht will sich ja nur mit den Barmats beschäftigen und nicht mit ihren politischen Gönnern. Zu dem Unkostenkonto gehören drei Bände Belege — — aber wie gesagt, die Genossen Dr. Gradnauer, Staatssekretär Weismann und die vielen in öffentlicher Gerichtsverhandlung Ungenannten, die bei Barmat verzeichnet stehen, können wenigstens in diesem Falle Vertrauen zu der Sachlichkeit der deutschen Justiz haben".

Die Begründung der Strafanträge gegen Judko Barmat dauerte drei Wochen. Die Strafanträge lauteten:

1. wegen Betrugs im fortgesetzten Zusammenhang mit versuchtem Betrug zum Nachteil der Staatsbank ein Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe.

2. wegen fortgesetzter Anstiftung des Angeklagten Dr. Hellwig zur Untreue zum Nachteil der Preußischen Staatsbank in Tateinheit mit fortgesetzter aktiver Bestechung ein Jahr Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe,

3. wegen Anstiftung des Angeklagten Klenske zum Vergehen gegen das Gesetz über Depot und Depositen geschäfte 5000 Mark Geldstrafe,

4. wegen Betrugs zum Nachteil der Deutschen Girozentrale neun Monate Gefängnis,

5. wegen Betrugs zum Nachteil der Brandenburgischen Girozentrale sechs Monate Gefängnis.,

6. wegen aktiver Bestechung des Dr. Höfle in Tateinheit mit der Anstiftung zur Untreue drei Jahre Gefängnis,

7. wegen Betrugs im fortgesetzten Zusammenhang mit versuchtem Betrug bei der Ausgabe und dem Absatz der J. Roth-Obligationsanleihe ein Jahr drei Monate Gefängnis.,

8. wegen Anstiftung zur Untreue zum Nachteil der Eisen-Matthes A.-G. sechs Monate Gefängnis.,

9. wegen aktiver fortgesetzter Bestechung des Angeklagten Stachel sieben Monate Gefängnis.

Ferner beantragte der Oberstaatsanwalt die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren, die Zusammenfassung auf folgende Gesamtstrafen: fünf Jahre Gefängnis, 450 000 Mark Geldstrafe und sofortige Verhaftung.

Dieser Strafantrag ist unerklärlich milde im Verhältnis zu dem Urteil gewesen, das ein Jahr zuvor über den gegenüber Barmat armseligen Schelm Ivan Kutisker, der mit keinem Reichskanzler a. D., überhaupt mit keinem Politiker gemeinsame Geschäfte gemacht und nur die Staatsbank wiederum: um nur 12 Millionen Mark betrogen hatte und dafür in der ersten Instanz zu fünf Jahren Zuchthaus, 4,5 Millionen Mark Geldstrafe und darnach — Landesverweisung verurteilt worden war.

Das Urteil lautete:

„Der Angeklagte Julius Barmat wird wegen aktiver Bestechung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 11 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 5 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird er freigesprochen."

Man hatte die Bestechung des Reichspostministers Höfle, die Barmat-Stipendiaten usw. wohlweislich weggelassen. Das System war gerettet.